



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außer halb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inzeratsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 95. Morgen-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treubner.

Freitag, den 26. Februar 1875.

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition ladet zum Abonnement für den Monat März ergebenst ein.

Der Abonnements-Preis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 1 Mark 75 Pf., bei täglich zweimaliger Zusendung ins Haus 2 Mark 15 Pf., auswärts inclusive des Portozuschlages 2 Mark 17 Pf., und nehmen alle Post-Anstalten Bestellungen hierauf entgegen.

Breslau, den 24. Februar 1874.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Die Verhandlungen in Versailles.

Die Geschichte der letzten vier Jahre weist in Frankreich die eigen thümliche Erscheinung auf, daß jede Partei in dem Augenblicke, wo sie einen bestimmenden Einfluß zu gewinnen hoffen darf, sich plötzlich einer Coalition aller übrigen Parteien gegenüberstellt. Das haben hintereinander die Republikaner, die Legitimisten und die Bonapartisten erfahren. Die Präsidentschaft Mac Mahons, das Septennat, verdankte seine Begründung einer Vereinigung aller monarchischen Parteien, und im Augenblicke ist die Strömung einer Befestigung der Republik durch organische Gesetze günstig, weil sich die gemäßigten Royalisten mit den Republikanern verbündet haben, um die mächtig wachsenden Fluthen des Imperialismus zurückzufeuern. Keine Partei hat bisher große Erfolge erzielt, aber jede hat wirksam dazu beigetragen, die Erfolge der Anderen zu vereiteln. Die Kämpfe in Versailles gleichen einer Schachpartie, die nach den Regeln der Kunst als remis betrachtet werden muß, die aber dennoch fortgesetzt wird, weil jeder der Theilnehmer sich mit der Hoffnung schmickelt, von einem Fehler des Gegners Nutzen ziehen zu können. Freilich liegt auch das Sinkende des Vergleichs auf der Hand: Vom Schachbrett kann man sich unverrichteter Sache erheben; die Franzosen aber müssen eine Verfassung zu Stande bringen.

Vor wenigen Tagen wurde in der Versammlung selbst die Auflösung derselben angeregt. Wir haben früher wiederholt betont, daß wir diesen Weg für den allein correcten halten. Mit vier Jahren ist die mittlere Lebensdauer, welche Wahlversammlungen beschieden, zu sein pflegt, schon bei Weitem überschritten. Klammern wir uns aber nicht ausschließlich an das Zeitmaß, sondern ziehen wir die Menge der Erlebnisse in Betracht, so wird kaum ein Parlament zu finden sein, das so viel erlebt hätte.

Freilich aber, so correct auch eine Auflösung der gegenwärtigen Legislative und die Ausschreibung neuer Wahlen sein mag, der Stein der Weisen ist damit nicht gefunden. Es lebt im Volke keine reine Stimmung, die Posaune giebt keinen reinen Ton. Es hat in diesen vier Jahren eine stattliche Reihe von Erschütterungen stattgefunden, und so weit man aus denselben einen Schluß ziehen darf, hat zu gewissen Zeiten die republikanische, zu anderen die kaiserliche Strömung Fortschritte gemacht. Die Stimmung des Volkes scheint zu wechseln; eine Concentration auf einen einzigen Punkt hin hat noch nicht stattgefunden. Die royalistischen Parteien haben keine Fortschritte gemacht, aber immerhin ein ansehnliches Terrain behauptet. Man kann nicht erwarten, daß eine Berufung an den Willen des Volkes jetzt zu einem klaren Resultate führen würde. Aus den Neuwahlen würde schwerlich eine Versammlung hervorgehen, in welcher eine Partei eine entscheidende Majorität haben würde.

Als das bemerkenswertheste Ergebnis der Geschichte der letzten vier Jahre ist das hervorzuheben, daß die Ansicht von der Möglichkeit der Republik in Frankreich Fortschritte gemacht hat. Die erste und die zweite Republik schienen nur dazu geeignet, die Ansicht von dieser Möglichkeit zu widerlegen. In beiden löste eine Gewaltthat die Andere ab; das Land befand sich im Zustande der Desorganisation. Gegenwärtig beschränkt sich der Widerstand auf den gesetzgebenden Körper. Im Lande herrscht Ordnung. Die Finanzen regeln sich und erholen sich von dem furchtbaren Schlage, den sie die Finanzwirthschaft eines Volkes erlitten; Handel und Industrie gehen vorwärts, so daß die Nachbarländer mit Neid darauf blicken möchten; die Verwaltungsordnung wird nicht gestört und Excesse gehören zu den Seltenheiten. Das rothe Gespenst ist weder auf der Straße zu sehen, wie 1793, noch wartet es hinter dem Vorhange, wie 1850; der Mai 1871 hat es gründlich gebannt. Der Name der Republik hat für die Bourgeois, den epicur, den Rentner seinen Schrecken verloren; trotz aller Unsicherheit über die Verfassungsfragen lebt man in einer gewissen bürgerlichen Sicherheit.

Es ist damit viel gewonnen; jeder Tag, der die Möglichkeit der Republik erweist, erhöht die Wahrscheinlichkeit ihrer Dauer. Das Kaiserthum Napoleons IV. wäre unter den gegenwärtigen Umständen ein waghalsiges tolles Experiment, mit welchem verglichen es den Anstrich der Solidität hat, in monarchischen Staatsformen zu verharren. Der Proceß Wimpffen-Cassagnac steht auf den ersten Augenblick wie ein Triumph des Kaiserthums aus, allein er muß doch bei allen anständigen Menschen ein unüberwindliches Gefühl des Efels gegen den lautesten Schildträger des Knaben von Chislehurst hervorgerufen haben.

Die republikanische Partei zeigt eine kluge Mäßigung, die ihr bei den beiden früheren Versuchen mit der republikanischen Staatsform vollkommen gefehlt hat; das Gelingen der Unversöhnlichen ist sehr zusammengefallen und dem Herrn Gambetta kommt es in hohem Grade zu Statten, daß man gegen seine Gefinnungsgegnossen nach Niederwerfung der Commune mit unbarmherziger Strenge vorgegangen ist, und es ihm so ermöglicht hat, in seinen Zielen, wie in seinen Formen sich zu mäßigen.

Wir Deutsche sind sehr daran gewöhnt, die Zustände des Nachbarlandes nicht darnach zu beurtheilen, wie sie uns am meisten nützen und zusagen würden, sondern darnach, was dem Lande selbst am Besten kommt. Wir sind jetzt um so mehr geneigt, diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen, weil es uns in deutschen Interesse wirklich gleichgültig sein kann, ob Frankreich eine Republik, ein Königreich oder ein Kaiserthum ist; für die Franzosen aber bedeutet die Republik Ruhe, Stetigkeit und Ordnung; die Monarchie wird neue Stürme entfesseln.

Hirtensbrief des Bischof Reinkens.

Joseph Hubert Reinkens, katholischer Bischof, den im alten katholischen Glauben verharrenden Priestern und Laien des Deutschen Reiches

Gruß in dem Herrn!

Wir alle, die wir mit untrügender Ueberzeugung dem eigenen Gewissen folgend bei der Lehre der alten Kirche beharren, wollen auch im Glauben der Väter wandeln, in religiöser Innigkeit mit Gott verkehren, den Nächsten lieben und, so viel an uns ist, den Frieden halten mit allen Menschen. Darum sind wir auch der Obrigkeit und den Gezeiten unterthan aus Religion. Obgleich dies gewiß ist und ich nicht fürchte, daß irgend Einer meiner Brüder und Gefinnungsgegnossen zum Ungehörigen gegen Kaiser und Reich, gegen Landesfürsten und Landesgesetze sich werde verleiten lassen, indem wir vielmehr insgesammt mit Begeisterung bei jedem Anlaß unsere Vaterlandsliebe in Wort und That kundgeben, so erachte ich es doch als meine Pflicht, gerade jetzt die Lehre der h. Schriften des N. T. von dem Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit in unser Aller Namen öffentlich und unzweideutig zu bezeugen. Angesichts der bestreudenden Thatfache, daß die Stellvertreter des römischen Papstes in Deutschland seit ihrer unbedingten Unterwerfung unter dessen Allgewalt und Unfehlbarkeit diese Offenbarungslehren dem christlichen Volke in ihren Hirtensbriefen verdunkeln und die Gewissen verwirren. Denn sie stehen nicht an, auf Befehl und nach dem Beispiel ihres „Herrn“, des Papstes, das Volk aufzufordern, ein apostolisches Wort: „Man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen“ (Apg. V. 29), zum Dedmantel für die Uebertretung der Gesetze und für die Widersetzlichkeit gegen die Anordnung der weltlichen Obrigkeit zu gebrauchen, und zu verheimlichen, daß die Apostel nicht gegen diese, sondern gegenüber dem Hohenpriester und der geistlichen Obrigkeit zu Jerusalem jenes Wort gesprochen, und was schlimmer ist, daß sie, wo sie Gott nennen, einen Menschen meinen. Das Wort hat in ihrem Munde den Sinn: „Man muß dem Papste mehr gehorchen als den Landesfürsten und ihren Regierungen, als den Staatsverfassungen und den Gesetzen“. Denn es handelt sich dabei nicht um die Gebote Gottes, sondern um päpstliche Gesetze.

Das ist eine der h. Schrift fremde, ja ganz widersprechende Lehre. Einer ist das Fundament der Kirche — „Niemand kann ein anderes legen als gelegt ist, Jesus Christus“ (1. Cor. 3, 11). — Einer ist der Eckstein, über den der heilige Tempel sich erbaute und wohl zusammenfügt (Eph. 2, 20). Einer ist das Haupt der Christenheit (Eph. 5, 23 und Col. 1, 18). Einer ist der Mittler zwischen Gott und den Menschen (1. Tim. 2, 5). Einer der Hohenpriester, dessen Priesterthum ewige Geltung hat (Hebr. 7, 24). Einer der Hirt und Bischof unserer Seelen (1. Petr. 2, 25). Einer ist der Herr (Eph. 4, 5) und dieser Eine und Einzige ist Jesus Christus. Er allein ist auch der Quell aller Erneuerung im Geiste und das Urbild des neuen Menschen, der nach Gott geschaffen ist in Gerechtigkeit und Heiligkeit nach der Wahrheit (Eph. 4, 23—24).

Wer also in seinem Namen sich an die Völker wendet, wer sein Apostel und Nachahmer zu sein behauptet, der muß auch thun, so wie Er gethan, und wie in Allem, so in der Stellung der weltlichen Obrigkeit gegenüber Ihm ähnlich sein.

Hat denn Jesus, unser Friede, der gekommen war, die Scheidewand zwischen den Völkern hinwegzulegen, ihre Feindschaften zu tödten, alle mit Gott und untereinander zu versöhnen (Eph. 2, 13—14)? Hat Er jemals und irgendwo, um diesen Zweck zu erreichen, sich in die Politik gemischt? Hat Er gesagt: um meine Kirche zu gründen und sie Mir zu heiligen, um als ihr Haupt sie zu leiten und mein Leben ihren Gliedern einzufleischen, muß ich ein Reich von dieser Welt haben, ja König der Könige sein mit dem Rechte, die Gesetze in allen Ländern zu prüfen und zu erklären, ob die Unterthanen sie befolgen dürfen, auch Fürsten abzusetzen und Thronen zu lösen? Das hat Er nie gesagt. Vielmehr, als der Verwerger Seines Geistes alle Reiche der Welt und ihre Herrlichkeit als begehrenswürth bei Berrath an Seinem Berufe vorführte, sprach Er: „Weiche von Mir, Satan!“ (Matth. 4, 10). Einer aus dem Volke trat zu Ihm und sprach: „Meister, sage meinem Bruder, daß er die Erbschaft mit mir theile“. Das heißt, er verlangte, daß Jesus sich mit der Regelung bürgerlicher Verhältnisse befaße. Der Herr aber sprach zu ihm: „Mensch, wer hat Mich zum Richter oder Erbscheiter über Euch gesetzt?“ (Luc. 12, 13—14). Jüdisches Gut hat Er niemals weder vertheilt durch Nachsprechen noch verwalte. Als das durch die falsche Vorstellung von dem verheißenen Messias irregeleitete Volk Ihn mit Gewalt zum Könige machen wollte, entwich Er, Sich auf einen Berg zurückziehend. Er allein (Job. 6, 15). Und als Pilatus Ihn fragte: „Bist Du der König der Juden?“ gab Er die klare Antwort: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt; wenn Mein Reich von dieser Welt wäre, so würden Meine Diener kämpfen, damit Ich nicht den Juden überliefert würde; nun aber ist Mein Königreich kein irdisches“. Also mit einem politischen Königreiche hat Sein Königthum nichts zu schaffen; Er hält keine Armee, die für Ihn kämpfe. Pilatus zieht aus der Antwort den richtigen Schluß: „Also ein König bist Du doch?“ Und der Herr spricht: „Ja“, und erklärt nun, sein Reich sei das Reich der Wahrheit, das zu gründen Er geboren und in die Welt gekommen sei (Job. 18, 33—37).

Auch thatsächlich war Er unterthan der weltlichen Obrigkeit, obgleich diese eine heidnische war, — geborsam ohne Fögern und ohne Klagen bis zu dem Grade, daß Er sich schweigend dem ungerechten Richter unterwarf. Niemals und nirgendwo hat Er seinen Einfluß beim Volke benutzt, um es gegen die römische Staatsregierung aufzureizen, in keiner Art hat er den Ungehorsam gegen die Gesetze entzündet oder gar Gesetze für unverbindlich erklärt. Der ganze hohe Rath mit allen seinen Schriftgelehrten war bei der Anklage vor Pilatus nicht im Stande, auch nur ein Wort von Ihm zu beweisen, welches gegen Kaiser und Reich hätte bedeutet werden können. Wie dadurch, daß Maria und Joseph einem Befehle des Kaisers Augustus gehorchten, die Weissagung sich erfüllte, wonach Jesus in Bethlehem geboren werden sollte (Luc. 2, 1—7), so setzte in der ganzen Lebensgeschichte die göttliche Forderung den Gehorsam gegen die Gesetze voraus. Pilatus fragte Ihn: „Weist Du nicht, daß ich Gewalt habe Dich zu freizugeben und Gewalt, Dich frei zu geben?“ Darauf antwortete Er: „Du wüdest keine Gewalt über Mich haben, wenn sie Dir nicht gegeben wäre von Oben her. Darum hat Der, welcher Mich Dir überantwortet hat, größere Sünde.“ (Job. 19, 10—11). Er erkannte in der Form die obrigkeitliche Gewalt über seine Person an, obgleich der Richter spruch gegen ihn der Sache nach einen Justizmord zur Folge hatte. Des Pilatus Gewalt war von Oben, die ihn zur Verurtheilung in ungerechtem Spruche drängten, waren von Unten und hatten größere Sünde als er. Jesus aber griff das Gesetz nicht an, verfluchte seinen Richter nicht, und für die, welche die größere Sünde hatten, betete er am Kreuze: „Vater, verzeihe ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun.“ (Lucas 23, 34). So haben wir das Vorbild in dem Herren, wer anders thut, der ist sein Jünger nicht.

Seine ersten Jünger, die Er selbst um sich sammelte, hat Er dazu erzo-gen. Sein Reich von den Reichen dieser Welt zu unterscheiden. Es träumten Anfangs noch den Traum von der alle Könige der Erde überstrahlenden und beugenden Majestät des Messias. Sie dachten sich zu den materiellen Waffen irdischer Könige noch Feuer vom Himmel und Legionen Engel im Dienste des Messias, auf alttestamentliche Erzählungen bauend. Der Herr aber erklärte, daß Er zu seinem Zwecke der kämpfenden Engel-Legionen nicht bedürfe, ja daß sie Ihm an der Erfüllung seiner Sendung, an dem Trinken seines Kelches hindern würden. (Matth. 26, 53—54). Als Ihm eine Stadt in Samaria die Aufnahme verweigerte, sprachen im Borne die Donnerstöne Jacobus und Johannes: „Herr, willst Du, sollen wir sagen, daß Feuer vom Himmel falle und sie verzerbe? Er aber wandte sich ab und wehrte ihnen (Luc. 9, 53—55). Jede materielle Gewalt, die im Dienste seines Reiches angewendet wird, hat die entgegengesetzte Wirkung, verdorbt Seelen und zerstört das Reich. Als bei der Gefangennahme des Herrn der Apostel Petrus, der wenige Stunden später im geistig-sittlichen Kampf, so tief und schwachvoll fallen sollte, das materielle Schwert zog und Malsus, dem Diener des Hohenpriesters, ein Dhr abschlug (Job. 18, 10), da sprach Jesus zu ihm: „Stech Dein Schwert an seinen Ort, denn Alle, die das Schwert ergreifen, sollen mit dem Schwerte umkommen.“ (Matth. 26, 52). Wird hiermit auch im Allgemeinen an Sprache und Geheße des N. T. erinnert, so liegt doch

nach dem Zusammenhang auch eine Weissagung und Drohung für die Kirche darin. Wer ihre Sache mit dem weltlichen Schwerte vertreten will, der richtet sie zu Grunde.

Es dachten die Jünger sich auch ihren Messias-König in einem großen, glänzenden Palaste, wo Mangordnung und Ceremonien herrschten, und von wo aus die Befehle ergingen, die Völker der Erde mit Scepter und Schwert zu regieren. Da trat denn eines Tages die Mutter der Söhne des Jesebäus mit diesen, mit Jacobus und Johannes, vor den Herrn hin und fiel vor Ihm nieder, um eine Bitte zu thun. „Er sprach: was willst Du? Und sie antwortete Ihm: Sprich, daß in Deinem Reiche diese meine beiden Söhne, der Eine zu Deiner Rechten und der Andere zu Deiner Linken sitzen mögen. Und Jesus erwiderte: Ihr wißt nicht, um was Ihr bittet.“ (Matth. 20, 20—22). Sie verstanden Ihn auch nicht, als Er darauf von seinem Kelche sprach, andeutend, daß Ihm nicht der größte Palast der Erde bereitet sei, sondern das Kreuz. Indem Er ihnen aber voraus sagte, auch sie würden seinen Kelch trinken, bezeugte Er, daß Er keine Apostel auf Erden haben werde, die Ihn als den triumphirenden König der Könige mit dreifacher goldener Krone zu repräsentiren hätten. Die zehn übrigen Apostel aber, als sie von der Bitte jener beiden hörten, zürnten denselben, und nun war der Rangstreit unter ihnen in hellen Flammen (Luc. 22, 24). Das war der Augenblick, wo der Heiland mit stilllich erhabenen Ernst den Unterschied zwischen Seinem und den irdischen Königreichen, d. i. zwischen Kirche und Staat, sowohl in der äußeren Erscheinung, als in der Regierungsweise den staunenden Jüngern offenbarte. „Die Könige der Völker herrschen über diese wie Herren über ihr Eigenthum und die, welche die Gewalt über sie (die Völker) haben, werden Gnadenpenden (gnädige Herren) genannt: Ihr aber nicht also! Sondern wer der Größte unter Euch ist, der sei wie der Kleinste und der Oberste wie der Diener.“ Und auf sein eigenes Beispiel hinweisend, fügt er hinzu: „Ich bin unter Euch wie der Diener.“ Ueber die Grenzen dieses Daseins hinaus liegt das Gebiet der Herrschaft der Kinder Gottes. (Luc. 22, 24—30.) Wie Mat-thäus und Marcus erzählten, hat Er sich mit den folgenden ergreifenden Worten als Beispiel hingestellt: „Wie der Sohn des Menschen nicht gekommen ist, sich dienen zu lassen, sondern auf daß Er diene und sein Leben hingebe als Lösepreis für Viele.“ (20, 28 und Marc. 10, 45).

Hier ist nicht bloß erwiesen, daß Jesus mit seiner Kirche keine politische Herrschaft verbinden wollte, sondern auch, daß ihre Repräsentation durch die Oberen und ihre Leitung der Regierungsweise der irdischen Königreiche gänzlich unähnlich sein solle. Von einer Darstellung der göttlichen Majestät in sichtbaren Stellvertretern zur Entgegennahme von Huldigungen und zur Ertheilung von Herrscherbefehlen ist da keine Rede. Der h. Bernhard von Clairvaux warnt davor, hier eine bloße Mahnung zur Demuth zu finden, es sei vielmehr in Wahrheit ein Verbot der Herrschaft. Nachdem er Luc. 22, 25—26 mörtlich angeführt hat, schließt er daraus mit Recht: „Das ist klar, den Aposteln wird das Herrschen untersagt.“ Und darauf redet er den Papst Eugen III. an: „Nun geh Du also hin und wage es, als ein Herrschender Dir den Apostolat oder als ein Nachfolger der Apostel Dir die Herrschaft über etwas anzumachen! Offenbar wird eins von beiden Dir verboten. Willst Du beides zugleich haben, so richtest Du beides zu Grunde. Glaube übrigens nicht, daß Du in diesem Falle von der Zahl Derer ausgenommen seist, über welche Gott also klagt: „Iene haben die Herrschaft ergriffen, doch nicht von Mir sie erhalten; Fürsten sind aufgestanden, und Ich wußte nicht von ihnen“ (Osee, 8, 4). Wenn es denn etwas einbringt, zu herrschen ohne Gott, so hast Du wohl Ebre, aber nicht bei Gott.“ (De consid. II. 6). Es ist unaußerbar im Geiste der h. Schrift, wenn Bernhard den Gedanken ausspricht, daß, wo die Kirchenoberen Herrschaft erstreben, mit den Königen der Erde Macht- und Rangstreit beginnen, sie beide göttliche Ordnungen, Kirche und Staat verwirren und zu Grunde richten. Es ist eine Erdrückung ohne jeden Anhalt, ja in grellem Widerspruch mit der Lehre der h. Schrift, daß der Bischof von Rom von Gott die souveräne Macht erhalten habe, die Grenzen der Souveränität der Kaiser und Könige, des Staates und seiner gesetzgebenden Körperschaften zu ziehen und unfehlbar zu bestimmen, mit allerhöchster Autorität zu befehlen, welchen Gesetzen Gehorsam zu leisten sei und welchen nicht, und aus „Amtspflicht“ den Unterthanen eines fernem Staates „und dem ganzen katholischen Erdtheile“ zu erklären: „Iene Gesetze sind ungültig!“ Es ist Menschenwitz, welcher Gottes Majestät zu Rom auf die Erde herabziehen will, um wie im alten Bunde die Erscheinung der anbetungswürdigen Herrlichkeit des Herrn ausschließlich an einen Ort zu bannen, und es ist heidnisch, sie in einem Menschen zu verkörpern.

Hat nicht Jesus die völlige Unabhängigkeit des Staates noch deutlicher gelehrt? Als jene Classe von niedrigen Heuchlern, welche nicht die Gründe des Gegners prüft, sondern seine Person zu verderben sucht, sich Ihm nahte, um Ihn in der Kede zu fangen, stellte sie die Frage: „Meister, wir wissen, daß Du recht redest und lehrst, Du adtest nicht auf das Ansehen der Person, sondern lehrst den Weg Gottes nach der Wahrheit: ist es uns erlaubt, dem Kaiser Steuer zu geben, oder nicht? Da Er aber ihre Bosheit kannte, sprach Er zu ihnen: Was verjuchet Ihr Mich? Zeiget Mir einen Denar; wessen Bild und Ueberschrift trägt er? Und sie antworteten: des Kaisers. Da sprach Er zu ihnen: so gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“ (Luc. 20, 20—25). Die Frage war eine religiöse: erlaubt es uns unsere Religion? Und die Antwort ist: sie erlaubt es nicht bloß, sie gebietet es. Aber noch mehr. Jesus fragt nicht: haben die Hohenpriester das Recht des Kaisers geprüft? sondern nur: wessen ist das Bild und die Ueberschrift? Das heißt: das Gesetz hat seine Kraft, wenn es des Kaisers Sanction erhalten hat, der als Landesherr erwiesen wird durch die Landesmünze, die sein Bild und seine Ueberschrift trägt.

Als Jesus seine Lehre von dem Unterschied seines Reiches und der weltlichen Königreiche und von der Pflicht des Gehorsams gegen die Obrigkeit durch Wort und Beispiel kund that, wurde diese Obrigkeit repräsentirt durch den römischen Kaiser Tiberius.

Wie haben nun die Apostel diese Lehre ausgebildet und practisch gemacht? Nur was sie gesehen und gehört, überliefern, erklären sie und wenden sie an. Es mögen hier die beiden reden, welche man gewohnt ist Apostelfürsten zu nennen, nicht weil sie die Befehlshaber der übrigen gewesen wären, sondern wegen ihres ersten Ranges in der apostolischen Thätigkeit und Leistung. — Petrus und Paulus.

Petrus verbietet den Bischöfen die Herrschaft über die Kirche, die er das Erbtheil, nämlich das Erbe Jesu Christi nennt, und mit dem Beispiel vorgehend, bezeichnet er sich selbst als ihren Vizepräsidenten. „Weidet die Herde, die Aufsicht führend, nicht gezwungen, sondern willig, nicht um eines schändlichen Gewinnes willen, sondern aus Herzensneigung, — nicht (wie Herren und Eigenthümer) das Erbbolk (Jesu Christi) überherrschend, sondern als Vorbilder der Herde“ (1 Petr. 5, 1—3). Also die Religion zum Mittel des Gelderwerbs und der Herrschaft zu benutzen, unterlag er überhaupt: wie sollte er da den Bischöfen gestatten, nach politischer Macht zu streben? Er kennt für alle Christen nur das Eine Gebot. Nachdem er sie ermahnt, einen guten Wandel vor den Heiden zu führen, fährt er fort: „Seid also unterthan jeder menschlichen (d. i. hier politischen oder bürgerlichen) Ordnung um des Herrn willen (d. i. aus Liebe zu Gott, aus Religion): es sei dem Könige als dem Höchsten oder den Statthaltern als denen, die von ihm gesandt sind zur Bestrafung der Uebelthäter und zur Belohnung derer, die Gutes thun, — denn so ist es der Wille Gottes, auf daß Ihr durch Eure guten Werke verstummen macht den Unverstand thörichter Menschen, — als Freie, doch nicht als solche, welche die Freiheit zum Dedmantel der Bosheit gebrauchen, sondern als Diener Gottes. Erweist jedem Ehre: liebet die Brüderschaft; fürchtet Gott, ehret den König.“ (1 Petr. 2, 12—17).

Sehen wir bei diesen Worten nicht den Geist des Herrn bereits das Leben der Christen gestalten und in Frieden verklären? Es ist dasselbe Licht, aber noch vielseitiger Strahlen werfend, das uns in der Belehrung des Apostels Paulus begegnet. Er schreibt den Römern, und zwar zur Zeit, als Nero ihr Kaiser war: „Jedlicher Mensch sei unterthan der obrigkeitlichen Gewalt. Denn es giebt keine Obrigkeit, als nur von Gott: welche Obrigkeiten da sind, die sind von Gott geordnet, so daß, wer der Obrigkeit Widerstand leistet, sich Gottes Ordnung widersetzt; die so Widersetzlichen aber be-reiten sich selbst das Gericht. Denn die Fürsten sind nicht fürchtbar den

guten Werken, sondern den bösen. Willst Du vor der Obrigkeit Dich nicht fürchten? Thue Gutes, und Du wirst Lob von ihr haben. Denn Gottes Dienerin ist sie, Dir zum Wohle. Wenn Du aber Böses thust, so fürchte Dich! Denn sie trägt nicht umsonst das Schwert; sie ist ja Gottes Dienerin, um als Rächerin den Bösen zu strafen. Darum ist es notwendig, unterthan zu sein nicht bloß der Strafe wegen, sondern auch um des Gewissens willen. (Röm. 13, 1-5. Vgl. Tit. 3, 1).

Zu dieser durchsichtigen Belehrung und ersten Mahnung kommen noch die warmen Worte, welche der Apostel an seinen geliebten Timotheus gerichtet: „So denn ermahne ich, daß vor Allem Bitten, Gebete, Fürbitten und Danksagungen dargebracht werden für alle Menschen: für die Könige und für Alle, welche Obrigkeiten sind, auf daß wir ein friedliches und ruhiges Leben führen mögen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit; denn solches ist gut und wohlgefällig vor Gott unserm Heiland.“ (1. Tim. 2, 1-3).

Die Apostel lehren also Folgendes. Das Schwert führt allein die weltliche Obrigkeit, und sie hat es unmittelbar von Gott, nicht durch einen Kirchenoberen, denn sie ist als die Schwertsführende Gottes Dienerin. Petrus denkt nicht daran, daß sie seine Dienerin sei, die auf seinen Willen das Schwert zu ziehen habe; er würde einen solchen Gedanken für eine Versuchung, ja für Irrsinn gehalten haben. Sie ist vielmehr Gottes unmittelbare Anordnung, eine von den Kirchenoberen unbedingt unabhängige Rechtsordnung. Eine Prüfung und Kontrolle der Staatsgesetze nehmen die Apostel nicht in Anspruch. Ihre Ermahnung zur Unterthänigkeit und zum Gehorsam gegen die Gesetze geschieht, ohne daß sie einen Vorbehalt hinzusetzen. Die Unterthänigkeit erklären sie als beruhend und auf Gottes Gebot; ihre Uebung „um des Herrn willen“ oder „des Gewissens wegen“ ist zugleich ein Akt des religiösen Gemüthes. Die Christen sind von Natur nicht Sklaven, sondern Freie; die Wahrheit, der Geist des Herrn macht sie frei; aber diese Freiheit ist eine religiöse — frei sind sie von der Sünde, frei von dem Ceremonialgesetz, von jenen äußeren Werken, welche die Kraft der Reinigung und Heiligung nicht in sich hatten; doch nicht frei von dem Gehoriam gegen Gottes Anordnung und Gebot; es hieß die Freiheit zum Dummthum der Bosheit gebrauchen, wollte man auf Grund derselben die Unterthänigkeit beschränken und sich über einen Theil der Gesetze stellen.

Der weltlichen Obrigkeit schulden die Christen Ehrfurcht: „ehret den König!“ Sie ist ein Gegenstand der Danksagung gegen Gott. Nie könnte das Gute in der Welt zum Siege gelangen, nie Großes entstehen und Schönes erblühen, wenn nicht nach göttlichen Gedanken die politischen Ordnungen in der Menschheit sich ausgestalteten und Staatswesen sich bildeten. Denn die Ideen des Rechts und der Sittlichkeit, wovon geistiges und materielles Wohl der Völker zuletzt abhängt, liegen denselben zu Grunde. Aber die Repräsentanten der Obrigkeit sind Menschen, die irren und fehlen können, wogegen kein Amt zu schützen vermag; daher sind sie für die Christen auch Gegenstand der Gebete und Fürbitten. Da sie das Böse hindern, das Gute fördern sollen, bitten wir Gott für sie um Licht und Kraft. Für die wir beten, für die wir Gott danken, die wir ehren: wie sollten wir die nicht auch lieben? Das Ziel aber ist, „daß wir ein friedliches und ruhiges Leben führen mögen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit“. Daran darf uns die Obrigkeit nicht hindern; da soll sie fördern. Wir nun danken Gott, daß wir unter einer Obrigkeit leben, die uns daran nicht hindert, vielmehr lobt und anerkennt, wenn wir in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit wandeln. Es können auch heute noch Millionen Katholiken die ganze Gottseligkeit und religiöse Vollkommenheit erreichen, wie sie die Vergewaltigung und das heilige Gebet Jesu Christi lehren, — vollkommen können sie werden, wie der Vater im Himmel vollkommen ist, unbehindert von irgend welchen Staatsgesetzen, ja befreit und gefördert durch die bestehenden.

Wohl hat das Gewissen sein unbedingtes Recht, und seine Stimme kann sagen: „Man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen“; aber das Gewissen ist die innerste Stimme des Einzelnen, sowohl der geistlichen als der weltlichen Obrigkeit gegenüber. „Durch den Glauben ward Moses, da er geboren worden, drei Monate verborgen von seinen Eltern, ... und sie fürchteten sich nicht vor des Königs Befehl.“ (Hebr. 11, 23.) Aber das Gewissen redet nur recht da, wo Gewissensfreiheit ist; wenn die Päpste lehrmäßig das Volk zu dem Glauben verpflichten, die Gewissensfreiheit auf religiösem Gebiete ist ein Wahnsinn (dehramentum Gregor XVI. und Pius IX.), wenn die Professoren der Theologie lehren, das Gewissen der Einzelnen müsse sich durch die Aussprüche des Papstes „normiren“ lassen, dann hört das Recht der Berufung auf das Gewissen auf. Es ist kein normaler sittlicher Zustand mehr denkbar, wenn geistliche Oberen befehlen, wie das Gewissen der Gläubigen zu sprechen habe, — wenn der Papst unfehlbar zu entscheiden unternimmt, ob dieses oder jenes staatliche Gesetz von jedem Einzelnen als sein Gewissen verlegend bezeichnet werden solle. Denn dann redet nicht das Gewissen, sondern der „Papst-König“, welcher nicht achtet auf die erschlatternde Beseuernde des Apostels Paulus, daß er den Glauben der Christen nicht benutze, um sich als Herrn und Herrscher über sie aufzuwerfen. (2. Cor. 1, 23-24.) Das angebliche Universal-Gewissen des „Papst-Königs“ vergewaltigt und bringt zum Schweigen das Gewissen der Einzelnen, welches sonst das geheimnißvolle Reden des Geistes Gottes vernimmt (Röm. 8, 14-16); und daraus erklärt sich in der gegnerischen Kampfesweise die Unterdrückung der Tugenden der Wahrhaftigkeit, der Nächstenliebe und der Vaterlandsiebe.

Wohl wird die Kirche Gottes auf Erden „die streitende“ genannt, aber nicht als ob die kirchlichen Oberen gegen die innerste Freiheit der Kinder Gottes zu streiten hätten, bis sie als Opfer die Vernunft und den Willen der Gläubigen auf dem Altar ihrer Würde sehen, und ebensoviele, als ob sie in unablässigem Krieg mit den staatlichen Ordnungen sich befinden sollten, um ohne Unterlaß den Frieden der Völker bis in die Familien hinein zu fördern. Der Feind, gegen welchen die Kirche zu streiten hat, ist die Sünde; dieser Feind ist in der Brust des Menschen, und der höchste Kirchenober hat ihn zuerst bei sich selbst aufzusuchen. Da sind allerdings Schwert und Feuer unsere Waffen; aber das Schwert ist das Wort Gottes und das Feuer ist dasselbe, womit Jesus das Menschengeschlecht taufte (Matth. 3, 11), es ist die Liebe, welche ausgegossen ist in unsere Herzen durch den heiligen Geist, (Röm. 5, 5). Denn das Reich, dessen König Jesus ist, ist das Reich der Wahrheit, in welchem als Grundgesetz einzig die Liebe herrscht (Matth. 22, 37 bis 40. Römer 13, 9 bis 10. Gal. 5, 14. 1. Cor. 13). Dieses Reich zu schützen und seine Güte zu wahren, giebt es eine eigene Waffenrüstung. Der Apostel Paulus schreibt sie uns vor, nachdem er auf die Feinde in uns und um uns hingewiesen: „So ergreife denn die Waffenrüstung Gottes, auf daß Ihr widerstehen könnt dem bösen Tage und in Allem siegreich bestehen möget. Stehet also, eure Lenden umgürtet mit Wahrheit, angehaftet mit dem Panzer der Gerechtigkeit, und die Füße beschuht mit der Bereitschaft des Evangeliums des Friedens! Vor Allem ergreife den Schild des Glaubens, mit welchem Ihr vermöget, alles feurige Geschloß des Bösen zu löschen; und nehmet den Helm des Heils, und das Schwert des Geistes, welches ist das Wort Gottes, — mit allem Gebet und Flehen bittend bei jeder Zeilung im Geiste, und zu dem Ende wachend in aller Beharrlichkeit und mit Fürbitte für alle Heiligen!“ (Eph. 6, 13-18).

Wir haben Gottes Wohlgefallen, Geliebte in dem Herrn, indem wir unter den Streitern der Gegenwart nur in solcher Waffenrüstung erscheinen! Je heller diese Rüstung glänzt, je heftiger wir in denselben kämpfen, desto fester ist unser Friede mit Kaiser und Reich, wie mit unsern Landesfürsten und überhaupt mit jeder Obrigkeit, die als Dienerin Gottes allein das Recht hat, das materielle Schwert zu führen. Wir wollen auch hierin nichts anderes sein, als Nachahmer Jesu Christi und seiner wahren Apostel, die nichts zu predigen wußten, als Ihn, und zwar den „Gekreuzigten“ (1. Cor. 2, 2). Zu dieser Nachahmung gehört es wesentlich, daß wir dem Kaiser geben, was des Kaisers ist; denn auch dadurch geben wir Gott, was Gottes ist, indem wir sein Gebot erfüllen.

Bonn, 20. Februar 1875.

Breslau, 25. Februar.

Als Einleitung zu dem Artikel über die neueste Encyclica des Papstes, den wir im Mittagsblatt mitgeteilt haben, bringt die „Prob.-Corresp.“ noch einen Artikel über den Widerspruch, in welchen sich die Bischöfe durch ihr Collectivschreiben mit ihrem früheren Auftreten auf dem Concil gesetzt haben. „Die jegige Erklärung über das vaticanische Concil — schreibt das amtliche Blatt — mag den meisten unter den deutschen Bischöfen nicht leicht geworden sein; es muß ihnen das Gewissen geschlagen haben, als sie ihre Hand zur Unterschrift des wahrheitswidrigen Schriftstückes ansetzten! — Gegen den Satz zumal, daß das bedenkliche Urtheil über die Concilbeschlüsse sich lediglich auf die Behauptung von abtrünnigen Katholiken und von Protestanten stütze, muß sich die Feder der meisten Bischöfe gesträubt haben; denn schärfer als sie selbst hat Niemand das Vaticanum bekämpft und verurtheilt, — freilich nur bis zu dem Zeitpunkt, wo dasselbe unter Nichtbeachtung ihres Widerspruchs thatsächlich festgestellt war und sie, vor die Wahl

des Bruches mit Rom oder der unbedingten Unterwerfung gestellt, sich, nach dem eigenen Geständniß schweren Herzens, zu letzterer entschlossen.“

Die „Prob.-Corresp.“ fährt dann fort:

Es ist eine charakteristische Wahrnehmung, daß, je weiter wir uns von der Zeit des Concils entfernen, desto dreister seitens der Bischöfe ihrer eigenen früheren Haltung in den Concilsfragen ins Gesicht geschlagen wird; es wird dabei offenbar darauf geredet, daß der großen Masse immer mehr die Erinnerung daran schwindet, welche Stellung ganz dieselben Bischöfe früher aus eigener katholischer Ueberzeugung und aus bischöflichem Pflichtgefühl eingenommen hatten.

Aber das jetzige ansehnend so zurechtgerückte Auftreten kann die lebendige Erinnerung an die Aeußerungen des Zweifels und Widerspruchs der deutschen Bischöfe vor und auf dem Concil, an die dringenden Vorstellungen und Bitten derselben dem Papste gegenüber nicht beseitigen. Es bleibt unversehrt, daß die Bischöfe auf dem Concil gegen das Verfahren der Mehrheit feierlich protestirten, „um die Verantwortung für die unglücklichen Folgen, welche daraus ohne Zweifel in Kurzem hervorgehen würden, vor den Menschen und vor dem furchtbaren Gericht Gottes von sich abzulehnen“, — daß sie dem Papste dringend und zum Theil fußfällig vorstellten, wie die Lehren, welche das vaticanische Concil festzustellen im Begriffe stand, direct das Verhältniß der katholischen Kirche zur bürgerlichen Gesellschaft berühren. Die Päpste des Mittelalters hätten allerdings gelehrt, es sei ihnen von Gott das Recht verliehen, über alle weltlichen Angelegenheiten zu gebieten und zu richten. Diese Lehre habe Papst Bonifacius VIII. in der Bulle „Unam Sanctam“ verkündet; — eine andere Lehre aber werde gegenwärtig von fast allen Bischöfen der Christenheit gelehrt. Es müsse daher auf die Gefahren hingewiesen werden, welche für die Kirche aus einem Decret entstünden, das mit dieser Lehre nicht übereinstimme. Es sei Niemandem unbekannt, daß es möglich sei, die bürgerliche Gesellschaft nach der in der Bulle „Unam Sanctam“ aufgestellten Regel zu formiren.

Trotz alledem und nach allen jenen eigenen früheren Aeußerungen über die nothwendigen Folgen der vaticanischen Beschlüsse — so schließt die „Prob.-Corresp.“ ihren Artikel — wagen die Bischöfe jetzt dreist zu behaupten, durch das Concil sei die Stellung des Papstes den Regierungen gegenüber nicht verändert!

Einer der deutschen Bischöfe, dessen Namen auch jetzt wieder unter der gemeinschaftlichen Erklärung steht, der Bischof von Rottenburg, hat sich bald nach dem Concil über den schroffen Wechsel in der Haltung der deutschen Bischöfe in den würdevollen Worten ausgesprochen. Er schrieb im Novbr. 1871:

„Ich kann mir in Rottenburg so wenig, als in Rom verhehlen, daß das neue Dogma einer wahren, wahrhaftigen, biblischen und traditionellen Begründung entbehrt und die Kirche in unberechenbarer Weise beschädigt, so daß letztere nie einen herberen und tödtlicheren Schlag erhalten hat, als am 18. Juli (Tag der Verkündigung der Unfehlbarkeit). Aber mein Auge ist so schwach, um in dieser Noth einen Rettungsweg zu entdecken, nachdem fast der ganze deutsche Episcopat, so zu sagen, über Nacht seine Ueberzeugung geändert hat und zum Theil in sehr verfolgungsfürchtigen Infallibilismus (Unfehlbarkeitsglauben) übergegangen ist.“

Daß die Bischöfe „über Nacht ihre Ueberzeugung geändert haben“, das ist zunächst Sache ihres Gewissens; — daß sie sodann nach ihrer plötzlichen Befehrung ihren Eifer für Rom bis zur Verfolgungssucht gegen Andersgläubige steigerten, das entspricht einer alten Erfahrung von dem Wesen und Streben Neubekehrter. Nur das Eine sollten sie nicht beanspruchen, daß die Regierungen und das deutsche Volk alle die Bedenken gegen die Unfehlbarkeit, welche sie selbst so bereit und dringend geltend gemacht haben, heute auf ihre Autorität hin fallen lassen.

Sie müssen jetzt so lehren, wie sie es thun, weil sie eben über Nacht ihre Ueberzeugung gewechselt und sich dem Papste unterworfen haben. Sie müssen es sich nicht minder auch gefallen lassen und sich in Gehorsam beugen, wenn der Papst ihren jetzigen Auslegungen der Unfehlbarkeit wiederum ins Gesicht schlägt, wie es so eben (durch die Encyclica) geschehen ist.

In der That, Nichts hat der römischen Kirche mehr geschadet als das Unfehlbarkeitsdogma und die „über Nacht geänderte Ueberzeugung“ der Bischöfe.

In Oesterreich steht der Zwischenfall im Proceß Ofenheim im Vordergrund des Interesses. Alle Zeitungen beschäftigen sich mit der Beantwortung, oder richtiger gesagt, Nichtbeantwortung der Interpellation für durch den Justizminister. So sagt die „N. fr. Pr.“:

Hätte der Minister erklärt, das Schreiben existire nicht, das Schreiben enthalte nichts von dem, was als sein Inhalt glaubwürdig angegeben wird, oder hätte er erklärt, daß das Schreiben wohl existire, daß sein Inhalt richtig wiedergegeben sei, daß er aber jeden Zusammenhang mit demselben verneine und alle geistlichen Mittel anwenden werde, um die Unabhängigkeit der Richter gegen ein solches Attentat auf dieselbe zu schützen: er hätte der Würde und dem Ansehen der Justiz gedient! Sein Schweigen, sein Hinanschieben der Interpellations-Beantwortung hat furchtbare Wirkungen; kann es nicht den Verdacht wecken, daß der Justizminister selbst jenen Eingriff in das individuelle Gewissen eines in entscheidender Stunde amtierenden Richters mit seiner Autorität deckt? Auf diese Interpellation gab es nur Eine Antwort: die sofortige Anrufung des Gesetzes. Diese Antwort ist nicht erfolgt. In diesem Schweigen liegt eine Verabsäumung, die mit tausend Zungen predigt.

In ähnlichem Sinne äußern sich auch die übrigen Zeitungen und das nachdringende Communiqué der „Wiener Abendpost“ hat den allgemeinen Unwillen nicht beschwichtigt. Heute endlich hat sich der Oberlandespräsident Hein entschlossen, selbst den Inhalt seines herabgelassenen Schreibens mitzutheilen. (Vergl. telegr. Depesche am Schluß der Zeitung.) Er gesteht zu, den Präsidenten Wittmann aufgefordert zu haben, „gegen die von der Vertheidigung Ofenheim's vorgebrachten Angriffe auf die Unabhängigkeit und das Ansehen der Gerichte seine discretionäre Gewalt zu brauchen.“ Hierin liegt nun offenbar eine Rüge an den Präsidenten, dem imputirt wird, er habe durch sein Verschulden das Ansehen des Gerichtes bloßgestellt. Daß eine solche Rüge, unmittelbar vor Schluß des Gerichtsverfahrens ertheilt, den Präsidenten und dessen Resumé zu beeinflussen geeignet ist, wird Niemand läugnen. Die Folgen dieses Schreibens traten ja in der That alsbald offenkundig zu Tage. Baron Hein hat das Ansehen und die Unabhängigkeit des österreichischen Richterstandes empfindlich bloßgestellt und wir erwarten von der österreichischen Regierung, daß sie den übereifrigen Oberlandesgerichts-Präsidenten in bündigster Weise desavouire.

Ueber die Stellung des italienischen Ministeriums der Deputirtenkammer gegenüber schreibt die officielle „Liberta“:

„Die Opposition, welche in einigen Gruppen der Kammer gegen das Ministerium hervorbricht, hat zwei verschiedene Ursachen. Eine Anzahl Deputirter ist aus Grundsatzen des Finanzministers feindselig gesinnt, eine andere Partei beabsichtigt dieselben zu bekämpfen, um sich indirect den vom Ministerium für unumgänglich notwendig erklärten Ausgaben zu widersetzen. Verweigert man die Mittel, so ist es natürlich, daß auch die Projecte für die Ausgaben zurückgezogen werden müssen. Diese parlamentarische Situation ist nichts weniger als eine gute.“

Wir fügen, sagt eine römische Correspondenz der „S. N.“, hinzu, daß der Ausbruch, welcher mit dem Gutachten über den Vorschlag, die zur Amortisation fälligen Tabakregie-Actien jetzt nicht zu amortisiren, das Geld zur Deckung des Deficits zu verwenden und neue Tabak-Actien ausfertigen zu lassen, dagegen ist, weil man darin eine neue Anleihe versteckt findet.

Wie in allen Ländern Europas sind die Gesetzgeber in Italien auch in Zweifel darüber, ob es zeitgemäß sei, die Todesstrafe abzuschaffen oder beizubehalten. Diese Frage wurde am 19. dieses Monats im italienischen Senat sehr lebhaft discutirt. Mehrere Mitglieder desselben, u. A. der Graf Gori und der Cassationspräsident Trombetta sprachen für, General Graf Menabrea gegen die Abschaffung; letzterer war besonders darum dagegen, weil voriges Jahr in Italien mehr als 2000 Menschen ermordet worden sind, die Gesellschaft könne sich gegen die Uebelthäter nur durch Verhängen-

lassen der Todesstrafe einigermaßen schützen. Marquis Joachim Bepoli und einige andere Redner bestritten die Richtigkeit dieser Ansicht, die Furcht vor der Todesstrafe halte keinen Mörder ab, seine Verbrechen auszuführen, das sei ja schon längst bewiesen, die Rechtslehrer Italiens und anderer Länder hätten daher fast alle für Abschaffung der Todesstrafe ihr Gutachten abgegeben. — Die „Opinione“ bespricht in einer ihrer neuesten Nummern dieses schwierige Thema und widmet dabei sechs Spalten der Uebersetzung eines Dialogs von David Friedrich Strauß, jenes Mannes, der mit der Kühnheit des Gedankens und der schöpferischen Kraft des Genies die vollkommenste Ruhe des Urtheils und der Ueberlegung und die Hinneigung zu echt conservativen Principien zu verbinden gewußt habe. Von Interesse wird die Erwähnung sein, daß dieser Dialog über die Todesstrafe zu jenen kleinen Arbeiten von Strauß über politische und sociale Probleme gehört, welche im Jahre 1866 theils unter den „Kleinen Schriften“ des Autors erschienen, theils zuerst durch die „Köln. Zig.“ veröffentlicht wurden.

In Frankreich scheint man aus den Besorgnissen und Befürchtungen nicht herauskommen zu können. So meint man jetzt wieder, daß nach Vertagung der Verfassung die Hauptschwierigkeiten erst beginnen werden. Man befürchtet, wie ein Pariser Privattelegramm der „N. Z.“ unter dem 23. d. Mts. berichtet, der Marquis Mac Mahon und die Orléanisten könnten irren, wenn sie darauf rechnen, die republikanische Partei nach Annahme der constitutionellen Gesetzentwürfe wieder aufzugeben und zur Vertagung des conservativen Wahlgesetzes die alte Majorität wieder herzustellen. Nach der neuesten Ministerliste würden General von Cussy, Marquis de Montaignac und der Herzog von Decazes im Cabinet verbleiben, der Herzog von Audiffret-Pasquier das Ministerium des Innern, Leon Say die Finanzen, Wallon das Unterrichtsministerium, Dufröy das Justizministerium, Bocher das Bauenministerium und Christophle das Vorteseuille des Handelsministeriums übernehmen.

Von der französischen Grenze erhält die „Nat.-Zig.“ den Wortlaut der Schenkungsurkunde, welche Capitän Jephien von der Brigg „Gustab“ über eine den Carlisten berechnete Schiffskanone ausgestellt haben soll.

Da in den bis jetzt veröffentlichten Berichten und Protokollen über die „Gustab“-Angelegenheit mit keinem Worte einer auf dem gestrandeten Schiffe befindlichen Kanone gedacht worden ist, so steht zu vermuthen, daß man carlistischerseits mit der Veröffentlichung der Schenkungsurkunde im „Cuartel Real“ vom 16. Februar eine neue Täuschung bezweckt, nachdem sich die Offerte von 50 Duros an Capitän Jephien als nutzlos erwiesen hat, um den modernen deutschen Seemann zu der Ueige zu bewegen, von den Carlisten nicht beschossen worden zu sein. Die fragliche Urkunde soll folgenden Wortlaut haben: Mit Gegenwärtigem theue ich kund, daß ich am heutigen Datum dem Herrn Corregidor der Provinz Guaymas, Don Cesarino Suarez Bravo die Kanone, welche ich an Bord des „Gustab“ hatte und welche ich in Barajas gelassen habe, als Geschenk präsentirt habe. Aspetita, den 27. Januar 1875. gez. J. Jephien.

In England scheint es zu ersten Verwickelungen zwischen dem Parlament und den Gewerksvereinen zu kommen. Der Bericht der Arbeitergesetz-Commission, schreibt man in dieser Beziehung der „N. Z.“ unter dem 22. d. Mts. aus London, ist bisher in der britischen Presse nur vom „Scotsman“ veröffentlicht worden, und zwar droht diese boreilige Veröffentlichung das Einburger Blatt in Schwierigkeiten mit dem Parlament zu verwickeln. Sir Charles Lyard hat bereits eine Interpellation über diesen Punkt angekündigt. Das Resumé des Scotsman ist natürlich mit dem größten Interesse gelesen und besprochen worden, namentlich haben sich die Leiter der Gewerksvereine mit großer Neugier darauf geworfen und das Ergebnis der Commissionarbeiten gründlich durchgesehen. Es war nicht anzunehmen, daß die Herren davon erbau sein würden. Sie haben sich von Anfang an der Untersuchung feindselig gegenübergestellt und sich angemaßt, dem Parlament zu dictiren, was es thun solle. Die Gewerksvereine waren in dieser Beziehung zur Zeit sehr offen. Eine Untersuchung, sagten sie, thut überhaupt nicht noth und kann zu nichts führen. Die Sache liegt sonnenklar. Die Gesetze müssen einfach aufgehoben werden! Ganz so socialistisch, wie die Gewerksvereine denken natürlich weder das englische Parlament noch das englische Volk. Weiden war nicht darum zu thun, die Gewerksvereine auf den beanspruchten absoluten Herrschaftsthron zu setzen, sondern zu prüfen, ob das bestehende Gesetz sie wirklich benachtheilige und dem sodann abzuhefen. Die Gewerksvereine haben indessen in ihrem gewohnten maßlosen Tone über die Commission weitergeredet, und nun, da deren Empfehlungen den ihrigen schnurstracks zuwiderlaufen, geben sie einem bestigen Jorne Ausdruck. Selbst die Minderheit, welche Anfangs die Commission als ein Zugeständniß der Regierung acceptirte, hat ihre maßvollere Haltung aufgegeben und bekämpft ihren Irrthum einzusehen. Macdonald, der einzige Dissident, wird hoch gepriesen, und die übrigen Commissionsmitglieder, namentlich der bekannte aufrichtige Arbeiterfreund Tom Hughes werden entsprechend mit Schmähungen überschüttet. Zur Verathschlagung über weitere Maßnahmen hat der parlamentarische Ausschuß der Gewerksvereine bereits allerwärts Orts-Ausschüsse ausgesprochen. Es wird eine großartige Rundgebung beabsichtigt. In allen größeren Industriestädten, London, Birmingham, Liverpool, Edinburg, Glasgow u. s. w., sollen an einem und demselben Tage Massenversammlungen zusammenkommen, um sich zu einem entschiedenen Protest gegen die Commissionsvorschläge zu vereinigen.

Was die Mittelische Angelegenheit betrifft, so ist, nachdem in den letzten Tagen in der Grafschaft Tipperary die Ansichten über das richtige Verfahren gegenüber der Verwerfung John Mitchells als Vertreter des Bezirks im Unterhause fast von Stunde zu Stunde gewechselt, telegraphischen Mittheilungen zufolge, neuerdings der Entschluß dort zur Reife gekommen, den Abgewiesenen abermals als Candidaten aufzustellen. John Mitchell hat sich in einem Aufruf von wenigen Zeilen von York aus den Wählern zur Vertagung gestellt und beabsichtigt, eine gründliche Wahlbewegung zu veranstalten. Mittlerweile sehen die Nationalisten der Home-Rule-Partei zu, für Mitchell ernstlich einzutreten, und die englischen Blätter erörtern die juristische Seite seiner Ausschließung aus dem Unterhause. Auf liberaler Seite neigt man sich zu der Meinung, daß Mitchell noch jeden Tag verhaftet und zur Verbüßung seiner Strafe angehalten werden könne.

Ein sehr interessantes Zwischenspiel hat neulich in der belgischen Deputirtenkammer bei der Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern stattgefunden. Eine Brüsseler Correspondenz des „Frankf. Journ.“ berichtet darüber:

„Herr Eudore Birmez, ehemaliger Minister des Innern und Deputirter für Charleroi, ein Mitglied des linken Centrums, regte beim Capitel XX., „der Medicinaldienst“ betitel, die Frage an, warum man den Frauen nicht das Recht zugesprochen wolle, die Arzneikunde auszuüben. Mit demselben Rechte, erwiderte ihm mit vieler Hitze der Dr. Blemind, Präsident der Akademie der Medizin und Vertreter Brüssels, könnten Sie alsdann auch die Frauen zur Abolatur zulassen oder Sie auch zu Gefolgeherinnen machen. Der Versuch der Frau ist der häusliche Heerd. Ihre Aufgabe ist die Mutter. Und zu was sollen denn die Frauen greifen, warf der Staatsminister Herr Rogier ein, die nicht Mütter sind oder den Ernährern früh verlieren und als Wittne zurückbleiben? Die Debatte fing an, eine recht pitante Wendung zu nehmen, als der Minister des Innern, dem es am Herzen lag, heute sein Budget vorzutragen, ihr die Spitze durch die allergelehrte Formel abbrach: „Die Frage ist noch nicht reif. Die Regierung wird sie studiren, und so wird sich nächstens schon eine Gelegenheit darbieten, dieselbe eingehender zu behandeln.“

In Amerika ist die endlos sich fortziehende Louisianafrage in eine neue Phase getreten: Das Untersuchungs-Comité des Congresses hat am 1. d. M. eine Untersuchung in New Orleans beendet und wie gerichtlich verurtheilt, schlägt dasselbe nun eine provisorische Regierung für Louisiana vor. Es soll nämlich aus der Untersuchung hervorgehen, daß die Wahlen im Jahre 1872 ungesetzlich waren und das stimmzählende Bureau im Jahre 1874 sich Be-

trügereien erlaubt habe, daß die Demokraten zu Einschüchterungen und die Republikaner zu Betrügereien ihre Zuflucht genommen hätten. Die Comitee-mitglieder scheinen folgenden Compromiß vorgeschlagen zu haben: Kellogg wird als Gouverneur anerkannt, die Republikaner erhalten den Senat und die Demokraten das Repräsentantenhaus. Erstere wollten auf den Plan ohne Modificationen nicht eingehen, während Letztere ihn in einem „Caucus“ mit geringer Majorität annahmen. Diese Abstimmung rief einen Bruch unter den Demokraten hervor, denn die Radicalen in der Partei verlangen Alles oder nichts und W'Henry verurtheilte auf einem Massen-Meeting in Neworleans den Compromiß auf das Entschiedenste. Unter solchen Umständen ist es wahrscheinlich, daß aus demselben nichts wird.

Deutschland.

Berlin, 24. Februar. [Vom Bundesrath. — Ueber-gang der preussischen Bank an das Reich. — Fürstliche Be-gräbnisstätte. — Die Wegebau-Ordnung.] Erst morgen wird eine Plenarsitzung des Bundesrathes stattfinden. Außer der Feststellung der rückständigen Protokolle bildet der Gesetzentwurf über Maßregeln gegen die Reblauskrankheit den einzigen Gegenstand der Tagesordnung. Die Schwierigkeiten, welche bisher entgegenstanden, dürfen im Wesentlichen als beseitigt angesehen werden. — Dem Abgeordnetenhaufe ist heute ein Gesetzentwurf betreffend die Abtretung der Preussischen Bank an das Reich und die Errichtung von Zweiganstalten derselben in außerpreussischen Gebieten des Reiches zugegangen. Der Entwurf um-faßt 3 Paragraphen. § 1 ermächtigt die Staatsregierung, wegen Ab-tretung der Bank an das Reich mit dem Reichskanzler einen Vertrag auf den bekannten, bei der Abfassung des Bankgesetzes festgestellten Grundlagen abzuschließen. Danach tritt Preußen nach Zurückziehung seines Einschusskapitals von 1,906,800 Thaler, sowie der ihm zustehenden Hälfte des Reserve-Fonds der Preussische Bank mit allen Rechten und Verpflichtungen am 1. Januar 1876 an das Reich ab. Der Reichs-kanzler wird die Bank auf das Reich übertragen. Dafür empfängt Preußen fünfzehn Millionen Mark, die aus den Mitteln der Reichs-bank zu decken sind. Den Banthantheilseignern ist die Befugniß vor-behalten, unter Verzicht ihrer Rechte zu Gunsten der Reichsbank den Umtausch gegen Antheilscheine der Reichsbank zu gleichem Werth zu verlangen. Die Auseinandersetzung zwischen Preußen und der Reichs-bank wegen der Grundstücke der Preussischen Bank bleibt vorbehalten u. s. f. § 2 ermächtigt die Preussische Bank, in dem gesammten außerpreussischen Deutschland an dazu geeigneten Orten mit Zustimmung der betreffenden Landesregierungen Comtoirs, Commanditen und Agen-turen zu errichten und dafelbst nach Maßgabe der Bestimmungen der Bank-Ordnung vom October 1846 Geschäfte zu betreiben. § 3 über-trägt den Ministern für Handel und Finanzen die Ausführung des Gesetzes. — Ferner ist dem Abgeordnetenhaufe eine Denkschrift zuge-gangen über die Erbauung einer Begräbnisstätte für das Preussische Königs-haus in Berlin. Es wird darin hingewiesen auf den Beginn dieses Baues nach dem Wunsche König Friedrich Wilhelm IV. zu Ende der 40er Jahre und auf die Unterbrechung desselben und den jetzigen ruinenhaften Zustand. Beabsichtigt wird die Herstellung eines Fried-hofes von 35,4 Meter im Quadrat, der nach allen vier Seiten nach innen mit einer offenen Halle von circa 10 M. lichter Tiefe umschlossen sein wird. In der Mitte der Dismal dieser Hallen öffnet sich ein 11,8 M. weiter Kellerraum mit Apis für Abhaltung von Leichenfeier-lichkeiten. Hieran schließen sich dann die Grabstätten und dabei sollen auch Gräber zur Begräbnisstätte ausgezeichneter Männer der Nation hergerichtet werden. Die Denkschrift führt aus, wie mit diesem Bau auch der eines Domes ursprünglich verbunden werden sollte, doch Schwierigkeiten aller Art der Ausführung des letzteren noch für lange Jahre hin entgegenständen. Es sollte daher die Fürstengruft so ange-legt werden, daß dadurch weder dem künftigen Bau eines neuen, noch der bestehenden Domkirche, mit welcher der Friedhof zusammenhängen würde, Abbruch geschehen könnte. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 3,078,600 Mark, deren erste Rate mit 600,000 Mark für dieses Jahr gefordert wird. — Die Wegebau-Commission begann heute ihre Arbeiten und beschloß gleichfalls zwei Lesungen abzuhalten. Die allgemeine Debatte wurde abgewiesen und darauf der Abgeordnete Wisselink zum Referenten und zum Correferenten der Abgeordnete Dr. Freiherr von der Goltz bestellt. Ueber die Organe und Instanzen, welche über die Wegebauaufsicht zu entscheiden haben, will man sich erst nach der ersten Lesung klärlig machen.

Berlin, 24. Febr. [Gesetzentwurf über die Verwal-tung des katholischen Kirchenvermögens. — Aus der Com-mission für die Provinzialordnung. — Wegeordnung. — Dauer der Landtagsession. — Die Orthodoxen in Hannover.] In der heutigen Sitzung der Commission zur Vorbe-rathung des Gesetzentwurfs über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens wurde die Generaldebatte durch einen längeren Vor-trag des Referenten Gneist eingeleitet, der die Verfassungsmäßigkeit und Nothwendigkeit des Gesetzentwurfes nachzuweisen suchte. Von clericaler Seite wurde diese Auffassung mit den bekannten Argumen-ten bekämpft, während andere Mitglieder schlagende Beispiele für die bisherige Mißverwaltung des katholischen Gemeindevermögens anführten. Aus der eingehenden Discussion verdient hervorgehoben zu wer-den, daß der Regierungskommissar auf eine Anfrage bestimmt erklärte, daß man im Ministerium von dem dringenden Bedürfnisse, auch die Vermögensangelegenheiten der katholischen Bischöfe einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen, überzeugt und mit der Ausarbeitung des betreffenden Gesetzentwurfs beschäftigt sei. Nachdem sodann der Prin-cipal Antrag eines dissentirenden Mitgliedes, welcher vom Abgeordneten-hause verlangt, dem Entwurfe die verfassungsmäßige Zustimmung zu ver-langen und eventuell andere, den Anschauungen der katholischen Kirche entsprechende Grundlagen für die Gesetzgebung aufzustellen, mit 17 gegen 3 Stimmen abgelehnt war, wurde die Specialdiscussion eröffnet. Zu den §§ 1 und 2 wurden Amendements gestellt, zu dem Zwecke, im Eingange des Gesetzes den Grundsatz zu betonen, daß die Kirchengemeinde Eigentümerin des örtlichen Kirchenvermögens sei. Die Amendements wurden von den Clericalen heftig bekämpft. Die Regierungskommissare nahmen eine unentschiedene Haltung ein und erklärten, bei der Tragweite des Antrages sich ihre definitive Erklä-rung bis zur nächsten Sitzung vorbehalten zu müssen. Mit Rücksicht hierauf wurde die Vertagung beschlossen. Die nächste Commissions-Sitzung findet Freitag statt. — Die von der Provinzialordnungs-Commission niedergelegte Subcommission, welche einen anderweitigen Besteuerungsmodus vorschlagen sollte, war zur vollständigen Einigung gelangt und proponirte in der heutigen Sitzung der Commission eine ungewandelte Fassung der §§ 113 bis 116. Die Provinzialabgaben werden hiernach als Kreislast behandelt und im engen Anschlusse an die begünstigten Vorschriften der Kreisordnung von den Kreisrägen nach dem in den einzelnen Kreisen bestehenden Modus vertheilt. Sämmtliche Vorschläge wurden einstimmig angenommen, ebenso mit unwesentlichen Änderungen die übrigen Paragraphen (116—122) des VII. Abschnitts des II. Titels (vom Provinzialhaushalte). Die Com-mission trat hierauf in die Berathung des III. Titels ein (Staats-aufsicht über die Communalverwaltung der Provinzen). Der § 123 ist unverändert und der § 124 mit einigen die Aufsichtsbefugniß des

Ober-Präsidenten einschränkenden Amendements angenommen worden. — Die Commission für die Wegeordnung trat heute zu ihrer ersten Berathung zusammen. Diese bildete streng genommen nur die Fort-führung der ersten Lesung, weil die verschiedenen Auffassungen über den Gesetzentwurf zur Geltung gelangen wollten. Man kam nicht über die Generaldebatte hinaus, und bemerkenswerth war nur die Anfüh-rung des Regierungskommissars, daß die Wegeordnung auch auf Rhein-land, Westfalen und Posen ausgedehnt werden soll. Der Vertreter der Regierung deutete zugleich an, daß die Behörden, welchen die Ausführung des Gesetzes in diesen Provinzen übertragen werden soll, noch zu bestimmen seien. Voraussichtlich wird es an Zusatz- und Ver-besserungsanträgen nicht fehlen und solche sind auch bereits in der Generaldebatte angekündigt worden. Eine freie Subcommission tritt morgen zusammen, um die Umschreibung der Titel und sonstige re-dactionelle Aenderungen vorzunehmen. Am nächsten Sonnabend seht die Commission ihre Berathungen fort. — Das Abgeordnetenhaus schlägt bei seinen Arbeiten ein langsames Tempo ein, als bei der Fülle des gesetzgeberischen Materials von den sogenannten Raschmachern erwartet wurde. Diese fühlen sich bereits unbehaglich, weil die Ple-nar-sitzungen nicht Tag für Tag aufeinander folgen und weißagen, daß nach Abzug der 14-tägigen Osterferien die Geschäfte bis zum Ein-tritt der Pfingstferien (etwa 10. Mai) nicht beendet werden können. Dieser Auslassung wird von unterrichteter Seite geantwortet, daß nit-geends eine Feststellung über den Sessionschluß bis Pfingsten erfolgt sei und heute schon angenommen werden dürfte, daß vor Ende Juni kaum das Abgeordnetenhaus, geschweige denn das Herrenhaus, mit der Durchberathung sämmtlicher Vorlagen zu Ende kommen werde. — Die vielfach angekündigte Verbrüderung der protestantischen Ortho-doxen in Hannover mit den Ultramontanen und Welsen soll jetzt in einer gemeinsamen Organisation zu kirchlichen und politischen Zwecken ihren Ausgang finden. Clericale Abgeordnete geben zu verstehen, daß die protestantischen Gläubigen Hannovers sich in Zuschriften an die hervorragenden Mitglieder der Centrumsfraction im Abgeordneten-haufe wenden und von ihnen die Entwerfung eines gemeinsamen Programms für die Agitation zur Bekämpfung des erklärten Heiden-thums in Kirche und Staat verlangen.

Berlin, 24. Februar. [Der Gesetzentwurf über die Provinz Berlin.] Während im Abgeordnetenhaufe die großen Commissionen zur Vorberathung der Provinzialordnung für die östlichen Provinzen und des Dotationsgesetzes für die Provinzial- und Kreisver-bände in fast unausgesetzter Thätigkeit mindestens durch die für wichtige Fragen ausgesonderten Subcommissionen sind, zerbricht sich in Berlin alle Welt, soweit sie sich um öffentliche Angelegenheiten kümmert, den Kopf über die Provinz Berlin; der dieselbe behandelnde Gesetzentwurf wird im Abgeordnetenhaufe die verstärkte Provinzialordnungscommission erst beschäftigen, wenn dieselbe ihre erste Aufgabe erledigt hat. Die erste Aufregung in der Bürgerschaft beruhte vielfach auf einer unge-nügenden Darstellung der sehr schwierigen Sachlage, welche auch durch die Berathungen der Stadtverordnetenversammlung wenig aufgeklärt wurde, da sich in diesen vorzugsweise ein pessimistischer Standpunkt breit machte. Mitten in die durch die Bezirksvereine nicht gehinderte sondern eher noch weitergetragene Vermirrung der Meinungen platzte mit ganz neuen Vorschlägen ein sehr knapp gefaßter und daher ohne Erläuterungen auch kaum verständlicher Plan „zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verfassung und Verwal-tung der Provinz Berlin“, dessen Verfasser, der Abg. und Stadtver-ordnete Eug. Richter ihn als Material für die öffentliche Discussion in mehreren hiesigen Zeitungen veröffentlichte. Inzwischen haben die Stadtverordneten einerseits und der Magistrat andererseits Commissionen zur Vorberathung der in Betreff der Provinz Berlin zu thunenden Schritte eingesetzt. Eine erhebliche Klärung der Ansichten wird viel-leicht eine vorgestern Abend stattgefundene Berathung des „Bereins für öffentliche Angelegenheiten“ gebracht haben, in welcher auf ein sehr ausführliches Referat des Abg. Klog im Beisein vieler Magistratsmit-glieder, Stadtverordneten, Bezirksvorsteher die lebhafteste Discussion über die Provinz Berlin namentlich von den Abg. Stadtkämmerer Runge und Eug. Richter geführt wurde. Darin stimmten alle drei fortschrit-tliche Abgeordnete überein, daß die einfache Ablehnung des aus gesun-den und keineswegs der Reichshauptstadt feindlichen Motiven hervorge-gangenen Gesetzes durchaus verfehlt sein würde. Der wesentlichste Differenzpunkt zwischen ihnen beruht auf folgendem: Der Gesetzentwurf läßt die Communalverwaltung von Berlin, welche durch das schnelle Wachsthum der Stadt, durch die Einpreßung in die Schranken der Städteordnung von 1853, durch das oft rücksichtslos und verkehrt aus-geübte Einmischungsrecht so vieler Staatsbehörden u. s. w. in einen fast unerträglich Zustand gerathen ist, vollkommen intact, vereinigt nur zur Bildung der neuen Provinz mit der Stadt die Umgebungen mit $\frac{1}{12}$ der Einwohner und $\frac{1}{20}$ der Steuerkraft und giebt der neuen Provinz eine nur in den aller-nothwendigsten Punkten von der der übrigen Provinzen abweichende Verfassung mit dem vollen Apparat von Behörden und Vertretungen. Dem entgegen verlangt Richter die Her-stellung eines weiteren Communalverbandes Berlin, der jene Umge-bungen als Außengemeinden mit der Stadt verbindet im engsten An-schluß an die — freilich zu diesem Behufe im Sinne der Decentrali-sation abzuändernde Verfassung und Verwaltung Berlins. Dieser Plan, welcher zur Verwaltung des weiteren Communalverbandes nur den zeitweiligen Hinzutritt eines Magistratsmitgliedes und einiger Stadt-verordneten aus den Außengemeinden fordert, würde schon durch seine Einfachheit die öffentliche Meinung ganz und gar gewinnen, wenn die-selbe sich über die zur Decentralisation der innern Stadtverwaltung nothwendigen Maßregeln nur einigermaßen aufgeklärt hätte. Dies ist aber bisher nicht der Fall. Alle Welt will Berlin „decentralisiren“, aber wie dies anzufangen sei, darüber herrscht das tiefste Dunkel. Richter's hierauf gerichteten bestimmten Vorschläge erregen daher über-all Verwunderung und begegnen Einwänden und Zweifeln, deren Berechtigung schwer zu unterfragen ist. Jedenfalls verdient die Sache die allgemeinste Aufmerksamkeit, da die einschlagenden Fragen für jede schnell anwachsende Großstadt wichtig sind.

[Der Kriegsminister v. Kameke.] Der „Magd. Ztg.“ wird von hier geschrieben: „Der Regierung nahestehende Abgeordnete wußten heute die bestimmte Mittheilung zu machen, daß der Kriegsminister v. Kameke entschlossen ist, aus dem Ministerium zu scheiden. Er wird, wie es weiter heißt, nach erfolgter Pensionirung des Ge-nerals Hann v. Beyerh, das Commando des 2. (Pommerschen) Armeekorps übernehmen. Der Herr v. Kameke's Ressort über-nimmt, ist und nicht genau bekannt geworden, ein Verzicht hatte den Chef der Admiralität, General-Lieutenant v. Stof, genannt, indeß soll Letzterer auf gelegentliche Anfrage von befreundeter Seite geant-wortet haben, die auf ihn bezüglichen Mittheilungen einzelner Blätter seien nicht zutreffend.“ (Da die Nachrichten durch die Zeitungen laufen, wollen wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten, bemerken aber, daß sie schwerlich als so „bestimmt“ anzusehen sind, wie dies in der „Magd. Ztg.“ dargestellt ist.)

Königsberg i. Pr., 24. Febr. [Petition.] Wie die „Königsb. Hart. Ztg.“ meldet, hat jetzt auch das Vorstheramt der Königsberger

Kaufmannschaft ein Gesuch gegen die Theilung der Provinz Preußen an das Abgeordnetenhaus gefandt.

Kiel, 24. Febr. [Von der Marine.] Ende der vorigen Woche ist verschiedenen Blättern ein Berliner Telegramm folgenden Inhalts zugegangen:

„Die in Kiel stationirten Kriegsschiffe halten ihre Mannschaft an Bord; die Commandanten sind stets feierlich, wenn die Forderung Spaniens, die versprochene Genugthuung wegen der „Gultab-Affaire“ zu geben, Mahregeln der deutschen Regierung gegen die Carlisten erfordern sollte.“

Dazu bemerkt die hier jedenfalls aus guter Quelle schöpfende „Kiel. Ztg.“: Was an dieser Meldung neu, das ist nicht richtig, und was richtig daran, das ist keineswegs neu. Schon am 5. d. M. konnten wir aus zuverlässiger Quelle melden, daß die in Wilhelmshaven für etwaige weitere Entsendung nach den spanischen Gewässern in Reserve gestellten Schiffe, nämlich die Corvetten „Luis“ und „Victoria“, in den letzten kleinen Arbeiten vollendet, die Mannschaften an Bord genommen und daß die Schiffe nöthigenfalls in kürzester Frist in See gehen könnten. In Kiel liegen gar keine Schiffe für die spanischen Gewässer. Von den früher noch designirten Kanonenbooten „Drache“, „Komet“ und „Delphin“ befinden sich zwei Fahrzeuge in Wilhelmshaven und eins in Kiel. Die Indienststellung für „Drache“ und „Delphin“ ist erst zum 15. April in Aussicht genommen, übrigens sollen diese Schiffe bekanntlich auch für Vermessungen in heimlichen Gewässern benutzt werden, der „Komet“ geht erst im Herbst zur Ab-lösung des Kanonenbootes „Meteor“ in das Mittelmeer. Wenn ferner die Nachricht verbreitet wird und Glauben findet, daß die Offiziere der in Kiel ausgerüsteten Schiffe ihre Familien in der Stadt nicht besuchen dürfen, so könnte dies richtig sein, wenn sich in Kiel Schiffe in der ersten Reserve befänden, was aber nach dem Vorhergesagten nicht der Fall ist. Richtig ist allein, daß die Corvetten „Luis“ und „Victoria“ seit Anfang dieses Monats vollkommen kriegs- und see-bereit, innerhalb 5 Tagen von Wilhelmshaven aus in See gehen können.

Detmold, 24. Febr. [Die lippe'sche Ministerkrisis] soll beendet sein. Als Nachfolger des am 1. April scheidenden Herrn v. Flottwell soll (nach einem von der „Westf. Ztg.“ mitgetheilten Gerücht) der Rittergutsbesitzer Dr. v. Lengerke auf Steinbeck bei Salzkufen bestimmt sein. Hr. v. L. war ein Führer im Streite der Ritterschaft gegen das „liberale“ (!) Regiment des Hrn. v. Flottwell.

München, 23. Februar. [Preßproceß.] Die gestern Nachmit-tag begonnene Schwurgerichts-Verhandlung gegen den Redacteur des „Zeitgeistes“, Bruno Geiser aus Breslau, währte bis Nachts 11½ Uhr. Die Geschwornen bejahten die an sie gerichteten Fragen in Be-zug auf die zwei Beleidigungen der kgl. Polizeidirection in Nr. 91 und 217 genannten Blattes, sowie des kgl. Polizei-Assessors Stung dahier (in Nr. 217), endlich betrefß der Zuwiderhandlung gegen das Vereinsgesetz in Bezug auf den Bestand der Feschen. Die Zuwider-handlung gegen die deutsche Gewerbeordnung wurde dagegen verneint. Der kgl. Staatsanwalt Barsh beantragte eine dreimonatliche Gefäng-nisstrafe, sowie eine Geldstrafe von 10 Thlr. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 2 Monat 15 Tagen, sowie auf eine Geldstrafe von 2 fl. Außerdem wurde die Vernichtung der betreffen-den Blätter, sowie die Einrückung des Urtheils in zu wählende Zei-tungen verfügt.

München, 24. Februar. [Das oberbayerische Schwurge-richt] hat am Sonnabend Abend zwei Strohänner der Redaction der „Neuen freien Volks-Zeitung“, eines gemeinen Schimpfblät-terchens, wegen mehrfacher Beleidigungen durch die Presse verurtheilt und zwar den ehemaligen Scribenten „Redacteur“ E. Klesinger zu 8 Monat 21 Tage Gefängniß, den Agenten „Redacteur“ J. Mayerhofer zu 4 Monat Gefängniß. Der Verleger und eigentliche Redactor dieses sauberen Blättchens, der Epistelerianer J. Marchner, verbüßt zur Zeit gleichfalls eine ihm vom Schwurgerichtshofe wegen ordinärer Belei-di-gungen zuerkannte zehnmonatliche Gefängnisstrafe.

Baden, 24. Febr. [Die Verurtheilungen der renitenten Neupriester], so schreibt man der „M. Z.“, die wir nicht alle ein-zeln anführen können, gehen ihren Gang; für einen Theil der „ge-sperrten“ jungen Herren beginnt aber jetzt der zweite Theil ihres „Martyriums“. Die Strafkammer in Freiburg hat am 18. d. den Vikar Heilmann in Oberried wegen in erster Wiederholung begangener unbefugter Ausübung kirchlicher Functionen in 121 Fällen zu 7680 M. event. 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß, den Vikar Geppert in Neustadt wegen dreier Vergehen in zweiter Wiederholung zu 6 Monaten Ge-fängniß verurtheilt.

Oesterreich.

Wien, 24. Februar. [Proceß Dfenheim.] Präsident Witt-mann ist so weit wieder hergestellt, daß die Verhandlung be-stimmt am Sonnabend wieder aufgenommen werden kann. Bezüg-lich des Briefes des Herrn v. Hein meldet das „N. W. Ztbl.“ Folgendes:

„In Angelegenheit des famosen Schreibens des Herrn v. Hein wurden seitens des Landesgerichtes in Straßaden Schritte zur Erlangung des Briefes eingeleitet. Die Familie des Herrn Baron Wittmann verwei-gerte jedoch entschieden die Herausgabe mit der Bemerkung, daß das Schrei-ben bloß einen privaten Charakter habe und daß dasselbe seiner Form nach einer amtlichen Behandlung nicht zu unterziehen sei. Nach dieser Er-läuterung glaubte das Präsidium nicht weiter thun zu sollen und sich von jeder weiteren Einmischung ferne halten zu müssen. Da langte jedoch heute eine Zuschrift des Justizministers Dr. Glaser an das Präsidium des Landesgerichtes in Straßaden ein, welches mit Rücksicht auf die im Abgeordnetenhaufe auf das Schrei-ben des Herrn v. Hein Bezug habende Interpellation des Ab-geordneten Fur und Genossen den Präsidenten Herrn von Weitenhiller anweist, den Inhalt des bezogenen Schreibens dem Justizministerium bekannt zu geben. — Im Sinne dieser Zu-schrift machte nun der Präsident Herr v. Weitenhiller im Laufe der Vor-mittags einen neuerlichen Versuch zur Erlangung des Originalbriefes oder einer Abschrift; doch auch dieser neuerliche Versuch blieb ohne Erfolg. Herr v. Wittmann und dessen Vater, der Hofrath, versicherten übereinstimmend, das Schreiben habe absolut keinen amtlichen Charakter und sie wünschten deshalb, daß der Justizminister auf die Herausgabe des Briefes nicht weiter dringen möchte. Herr v. Weitenhiller verfügte sich gegen Mittag ins Justiz-ministerium und hinterbrachte daselbst die Antwort des Herrn v. Wittmann. Man darf auf den Ausgang dieser Affaire um so gespannter sein, als kaum anzunehmen ist, daß die Justizbeamten die Sache so auf sich beruhen lassen können. Dem Richterlande muß, bei Beiseitelegung aller Rücksichten, vor-weg und in erster Linie darum zu thun sein, alles aufzubieten, was zur Beschwichtigung der aufgeregten Bevölkerung beitragen kann und es darf keineswegs der Gedanke aufkommen, daß man aus gewissen Rücksichten vor-jenen energischen Schritten zurückgedrückt sei, welche zu unternehmen in einem so unerhörtem Falle dringend geboten erscheint, soll nicht die Auto-rität des österreichischen Richterstandes darunter leiden.“

Von officiöser Seite liegt heute eine Reihe von Berichtigungen vor. Die „Wiener Abendp.“ schreibt: „Die „Neue freie Presse“ unternimmt es in ihrem heutigen Leitartikel, die Haltung des Vorstheren in dem Schwurgerichtsproceß gegen B. von Dfenheim auf den Einfluß „unsichtbarer Mächte“ zurückzuführen. Sie knüpft an einen „in einem angesehenen süddeutschen Blatte“ erschienenen Artikel an, dessen Spuren in das Cabinet der Nachbeter führen“, einen Artikel, in welchem mit Härte über die Nachsicht des Präsidenten gegenüber dem Un-gelagten abgeurtheilt, dem Vorstheren gleichsam die erste Verwarnung er-theilt wird“ — und schließt mit der Bemerkung: „Und sollen wir glauben, daß die Manifestation des Obergerichtspräsidiums ganz aus freien Stücken erfolgt ist? Wer sich die geschilderten Ercheinungen gegenwärtig hält, der

wird den untrennbaren Zusammenhang derselben mit dem Mageschreiben deutlich erkennen."

Wir sind beauftragt, die bestimmte Erklärung abzugeben, daß, falls unter dem Artikel des „angelegenen süddeutschen Blattes“ der in Nr. 38 der „Allgem. Zeitung“ enthaltene Leitartikel: „Der Proceß Dienheim“ gemeint sein sollte, die Regierung diesem Artikel vollständig fernsteht und daß sich dieselbe in Unkenntnis über die Person des Verfassers desselben befindet.

Wir sind ferner beauftragt, auf das bestimmteste zu versichern, daß die Regierung von der Existenz so wie von dem angeblichen Inhalt eines Schreibens des Oberlandesgerichts-Präsidenten Freih. v. Hein an den Herrn Baron Wittmann erst durch die öffentlichen Blätter Kenntniß erhielt und daß sie weder direct noch indirect auf diesen Schritt des Freih. v. Hein Einfluß genommen hat. Daß die Regierung nicht bereits in ihrer Beantwortung der Interpellation des Abg. Fuz und Genossen diese Versicherung erteilte, erklärt sich aus dem Umstande, daß diese Interpellation eine solche eben so unwürdige als grundlose Beschuldigung nicht enthielt.

Das „Fremdenblatt“ erhält vom Grafen Camezan folgende Zuschrift:

„Ihre Zuschrift bringt unter der Rubrik: „Proceß Dienheim“ die ganz bestimmte Mittheilung: „es sei auch dem Staatsanwalt eine amtliche Mäße zugestellt worden, welche mehrere Gesichtspunkte betreffen zu haben scheint, die er in seiner Rede berührte.“

Ich muß die löbliche Redaction nicht in meinem eigenen, sondern nur im Interesse der Wahrheit und um unbedingten Folgenungen über Vorgänge bei den hohen, mir vorgesetzten Behörden zu bezeugen, um die Aufnahme der Verichtigung dahin eruchen, daß die obige Mittheilung vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Wien am 23. Febr. 1875. Der k. Staatsanwalt: Camezan.“

[Abgeordnetenhaus.] In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurden vom Handelsminister zwei Eisenbahnvorlagen eingebracht. Die eine derselben betrifft die Salzkammergutbahn und verlängert die Staatsgarantie derselben von 20 auf 90 Jahre; die andere stellt neue Bedingungen auf zur Erleichterung der Fusion der österreichischen Nordwestbahn mit der süd-norddeutschen Verbindungsbahn, der mährischen Grenzbahn und der Lundenburg-Grubhauer.

Wien, 24. Februar. [Der Justizminister und das Schreiben des Baron Hein.] Es ist schwer, Ihnen eine richtige Darstellung von dem Sturme der Entrüstung zu geben, den die hoch-nachgefragte Antwort des Herrn Dr. Glaser auf die Interpellation für hervorgerufen. Die Blätter sind empört, die Bevölkerung ist empört, die Justizbeamten sind förmlich verblüfft. Der Präsident des Landesgerichtes in Straßburg v. Weitenhiller war heute bei dem Justizminister, um von demselben Instruktion zu empfangen, wie er eine Demonstration hintanzufassen habe, die in dem Schoße des Landesgerichtes beabsichtigt sein soll. Diese Kundgebung wird, wie ich höre, verhindert werden. — Weniger glücklich war Präsident v. Weitenhiller mit einem andern Doppelgange. Er begab sich zweimal, das eine Mal auf eigene Rechnung, das andere Mal im Auftrage Sr. Excellenz des Justizministers, zu dem Baron Wittmann und dessen Familie, um von ihm die Auslieferung des vielwünschten Heinschen „Handschreibens“ zu erlangen, welchem die fama inzwischen eine ganze Reihe von Aügen-Erlassen zu Nachfolgern gegeben. Allein Baron Wittman junior, ein senior und die Frau des ersteren verweigerten die Herausgabe auf's Bestimmteste und ließen zuletzt den Minister inständigst eruchen, doch von dieser Forderung abzugehen, da sich der Brief als ein reines Privatschreiben herausstelle. Es ist sehr begreiflich, daß beide Herren als active Mitglieder der Magistratur zwischen zwei Feuer zu gerathen fürchten. Allein gerade diese Besorgniß liefert den schlagendsten Beweis, daß es auf keinen Fall bei der Zweifels-Theorie sein Bewenden haben kann, wonach ein Chef-Präsident dem Vorstehenden eines Aussenhofes zwar nicht in einem amtlichen, wohl aber in einem außeramtlichen Schreiben dicht vor dem Resumé Wink mit dem Jaunsfahle geben darf. Zu Ende muß die Sache auf jeden Fall durchgesprochen werden und da das nicht zu vermeiden ist, so muß man nur bedauern, daß Glaser die Gelegenheit verpaßt hat, die Regierung mit dem Nimbus frischer Popularität zu umgeben, statt den Nehtbau allgemeiner Verstimung auf ihr Haupt zu träufeln. Niemand — das beweist das Urtheil der heutigen Journale — hätte ja von ihm verlangt, in die Verhandlung einzugreifen. Er konnte Alles sagen, was er sagte — aber er mußte, allenfalls mit der göttlichen Grobheit, die dem Fürsten Kuersperg für solche Eventualitäten eigen und in denselben höchst wirksam ist — hinzufügen: in ihrer vierteilhalbjährigen Existenz habe die Regierung wohl zur Genüge bewiesen, daß sie sich nimmermehr zum Mitschuldigen machen werde, wenn Baron Hein ein Attentat auf die richterliche Unabhängigkeit begangen haben sollte. Mit einer stolzen Erklärung in diesem Stile hätte das Ministerium sich nichts vergeben und die Fählung mit der Verfassungspartei zurückgewonnen, an der Bevölkerung einen neuen Rückhalt gefunden und eine sehr bedenkliche Aufregung beschwichtigt. Statt dessen hat Glaser alle Freunde des Cabinets gründlich verstimmt und gereizt, um nun nachträglich und stark post festum in der „Wiener Abendpost“ mit dem wirklich beschämenden, weil der Regierung abgezeugenden, bedenklichen Communiqué anzurufen: „wir sind beauftragt, auf das bestimmteste zu versichern, daß die Regierung von der Existenz, so wie von dem angeblichen Inhalte eines Schreibens des Baron Hein an Baron Wittmann erst durch die Blätter Kenntniß erhielt und daß sie weder direct noch indirect auf diesen Schritt des Freiherrn von Hein Einfluß genommen.“ Gestern im Laufe waren diese Worte in Gold werth und wären von lauten Bravo's begrüßt worden — heute, fürchte ich, werden sie wirkungslos verhallen. Die Erklärung des gestrigen Schweigens „aus dem Umstande, daß die Interpellation eine solche eben so unwürdige als grundlose Beschuldigung nicht enthielt“, rechtferdiget nichts. Die Minister kannten die Stimmung in der Stadt und mußten die Interpellation mit Dank als einen Anlaß begrüßen, zum Fenster hinaus zu sprechen. Immerhin mochten sie dabei sagen, daß der Verdacht ein „unwürdiger“ sei — Alles, nur nicht dies vornehm ablehnende Schweigen!

Prag, 23. Febr. [Die Häuser der Stadt Brüx] schwebten in großer Gefahr, da sich Anzeichen eines Zusammenbruchs des Julius-Schachtes, des Hauptwerkes der Dux-Brüx-Komotauer Kohlen-Actiengesellschaft, zeigten. Der Schacht wurde schnellst nach gesicherten Sicherheitsvorkehrungen geschlossen und ist die gänzliche Betriebsstillstellung wahrscheinlich.

Frankreich.

Paris, 22. Februar. [Die Wahl im Cotes-du-Nord. — Zum Senatsgesetz. — Die äußerste Linke. — Gambetta. — Finanzielles. — Zur Presse.] Die gestrige Stichwahl im Departement der Cotes-du-Nord ist abermals zu Gunsten der Monarchisten ausgefallen. Ihr Candidat de Kerjégu wurde mit etwa 46,000 Stimmen gewählt. Dank zum großen Theil jedenfalls träftiger Unterstützung der Verwaltung. Der Republikaner Foucher du Careil erhielt 40,800 und der Bonapartist Duc de Feltre 30,700 Stimmen. Seit dem ersten Wahlgang ändert sich das Stimmverhältniß in der Art, daß der Legitimist und der Republikaner 3—4000 Stimmen gewinnen, der Bonapartist aber deren 3000 verliert. Zu weitläufigen Commentaren giebt diese Wahl keinen Anlaß; man hat es übrigens heute in Versailles mit wichtigeren und dringenderen Angelegenheiten

zu thun. Der große Tag ist endlich gekommen, welcher über das Schicksal des Senatsgesetzes und damit der ganzen Verfassung entscheiden soll. Ueber die Art der Entscheidung hegt man nach den Vorgängen der letzten Tage keine Zweifel mehr. Am Freitag und Sonnabend hatten das rechte Centrum in seiner Mehrheit, das linke Centrum und die republikanische Linke sich entschlossen, den Wallon'schen Entwurf unverändert anzunehmen; am Sonntag Abend ist die äußerste Linke diesem Entschlusse beigetreten. In dieser Fraction machte sich allerdings einiger Widerspruch geltend, der aber durch eine, wie es heißt ganz meisterhafte Rede Gambetta's beseitigt wurde. Gambetta setzte auseinander, daß man nicht auf die Einzelheiten des Wallon'schen Gesetzes, sondern auf dessen Geist und seine Gesamt-Tendenz sehen müsse. Man möge nicht diese einzige Gelegenheit, die Republik zu gründen, vorübergehen lassen. Eine einzige Handlung des Grafen von Chambord, die Absendung seines Briefes vom 23. October 1873 habe die Monarchie unmöglich gemacht; nun wohl, wenn der jetzt unternommene Verfassungsversuch mißlingt, so wird sich von Neuem im ganzen Lande ein Schrei erheben, der, daß auch die Republik in Frankreich unmöglich geworden. Dies vor Allem muß verhindert werden. Gegen die Ansicht Gambetta's konnte die Meinung Marcon's und Mabier-Montjau's, welche den Antrag Wallon bekämpften, nicht aufkommen. Fast einstimmig entschied die Versammlung sich für die Annahme dieses Antrags und es gilt für gewiß, daß im Ganzen kaum zwölf republikanische Deputirte denselben bei der öffentlichen Discussion nicht unterstützen werden. Die künftige Verfassungsmehrheit hat sich darauf hin mit Buffet über das öffentliche Verfahren verständigt. Beim Beginn der Sitzung giebt Lefèvre-Pontalis von dem Bericht der Dreißiger-Commission Kenntniß, welcher Bericht bekanntlich auf Verwerfung des Wallon'schen Antrags dringt, und sofort stellt mit Hilfe des Dringlichkeitsantrages das linke Centrum die Forderung, in einmaliger Lesung das Gesetz zu definitiver Annahme zu bringen. Die Discussion soll dann auf ein Minimum beschränkt und das Votum in dieser nämlichen Sitzung herbeigeführt werden. Ja, man spricht davon, in einer Abend-sitzung ohne Verzug auch das Verfassungsgesetz von der Organisation und Uebertragung der Gewalt zu votiren, so daß vor Mitternacht Alles beendet sein und morgen früh schon die Liste des neuen Ministeriums im Amtsblatt erscheinen könnte. Es heißt das vielleicht etwas zu schnell zu Werke gehen. — Die Börse zeigte heute weit geringeren Enthusiasmus, als in den letzten Tagen; die Rente machte sogar eine rückgängige Bewegung. Man munkelte allerlei von der bonapartistischen Propaganda in der Armee. Einige Regimenter sollten sehr freundliche Gefinnungen für das Kaiserreich an den Tag gelegt haben u. dgl. m. Allem Anschein nach wird indeß diese Stimmung eine vorübergehende sein. — Man versichert uns, daß der Deputirte Germain, in dem man schon einen der künftigen Finanzminister vermuthet, in seiner Eigenschaft als Director des Credit Lyonnais gestern im Verwaltungsrathe entschieden davon abgerathen hat, jetzt französische Werthe zu verkaufen, er sei der festen Ueberzeugung, daß die französische 5procentige binnen Kurzem auf 115 steigen werde. Dies spricht für den Optimismus, der unter den Deputirten des linken Centrums an der Tagesordnung ist. — Das Amtsblatt des carlistischen Hauptquartiers, das „Cuartel real“, wird künftig nicht mehr nach Frankreich Eingang finden. Trotz des Dementis der spanischen Gesandtschaft gilt es hier für gewiß, daß ein Attentat auf Alfons XII. entdeckt worden ist.

Paris, 23. Februar. [Aus der Nationalversammlung. — Debatte über das Senatsgesetz. — Annahme des Artikel 1 des Wallon'schen Entwurfs. — Aus Spanien.] Nach einer langen und stürmischen Sitzung ist gestern in Versailles der erste und Hauptartikel des Wallon'schen Senatsgesetzes mit beträchtlicher Mehrheit angenommen worden. Man hatte mehr gehofft; man wollte das ganze Gesetz und womöglich in einer Nachtsitzung noch obenbreiten das Organisationsgesetz erledigen; aber der jähe Widerstand der Royalisten und Bonapartisten hat diesen Plan vereitelt. Weiter als zur Verzeigerung des Schlussvotums haben freilich die Gegner der Verfassung es nicht gebracht, und schon dies Resultat hat ihnen gewaltige Mühe gekostet. Sie haben unglaubliche Anstrengungen gemacht, um Zeit zu gewinnen, und die Sitzung erhielt dadurch einen sehr bewegten Charakter. Da die Verfassungspartei sich, wie im Voraus bestimmt worden, aller längeren Reden enthielt und sich kaum mit kurzen Bemerkungen hier und da in die Debatte einmischte, so hatte der Präsident allen diesen Angriffen die Stirn zu bieten und die ganze Verhandlung war nur ein langer Kampf zwischen ihm und der Rechten. Mit den Royalisten und Bonapartisten hat Buffet es gründlich verborgen. Es ist unnötig zu sagen, daß die Sitzung unter großer Aufregung begann. Alle Deputirten, auch Thiers waren auf dem Posten und alle Tribünen überfüllt. Sogleich zu Anfang zeigte sich die Verzögerungstactik der Rechten. Nur mit Mühe konnte die Ruhe hergestellt werden, und die Versammlung begann spät. Nach Verlesung des Protokolls stieg Ant. Lefèvre-Pontalis auf die Tribüne, um den Bericht der Dreißiger-Commission niederzulegen. Er ging wieder davon, aber die Linke verlangte sofortige Verlesung, welche trotz dem Widerspruch der Rechten angeordnet wurde. Lefèvre-Pontalis las also und über eine Stunde. Was er zu sagen hatte, war aus den Verhandlungen der Dreißig genügend bekannt; man wußte, daß er auf Verwerfung des Wallon'schen Antrages dringen würde. Die Commission bleibt dabei, daß der Präsident der Republik ein Drittel der Senatoren zu ernennen habe. Nachdem man stundlang diese lange Auseinandersetzung angehört, stellte Wallon den Dringlichkeitsantrag und verlegte die sofortige Discussion. Bodan von der äußersten Rechten meint, es sei unmöglich sofort zu berathen. Er für sein Theil habe sich über diesen ausführlichen Bericht noch kein Urtheil bilden können. (Lebhafter Beifall rechts.) Der Bonapartist Ganivet hält dafür, daß nach dem Reglement die Dringlichkeits-Erklärung in diesem Augenblicke unstatthaft ist. — Buffet erwidert, dieselbe sei im Gegen-theil vollkommen zulässig; übrigens habe die Kammer zu entscheiden. Die Kammer erkennt darauf mit großer Mehrheit die Dringlichkeit an. Es fragt sich jetzt, ob die Discussion auf der Stelle beginnen soll. Lorgetil beginnt eine Rede über das Princip des Gesetzes und will geschichtliche Belege anführen. Der Präsident erinnert ihn daran, daß er nicht bei der Sache ist. — Lorgetil, zu Buffet gewendet: Sie unterbrechen mich jedesmal, wenn ich auf der Tribüne bin. (Beifall rechts.) — Der Präsident ruft Herrn de Lorgetil zur Ordnung. Tumult zur Rechten. Einige Royalisten rufen Buffet zu: „Rufen Sie uns doch alle zur Ordnung!“ Die Bonapartisten besondern machen sich durch ihre Entrüstung gegen Buffet bemerklich. Nachdem die Ordnung hergestellt und de Lorgetil mit der Miene der Selbstbefriedigung auf seinen Platz zurückgekehrt ist, spricht der Royalist Deyre gegen die sofortige Discussion. Niemand sei eine solche Uebereilung in wichtigen Dingen dagewesen. Ob man sich nicht zwei Tage Zeit zur Ueberlegung geben könne? Der Präsident befragt die Kammer. Die Legitimisten verlangen zuerst die Discussion für Donnerstags, dann für Mittwoch (den 24. Februar) wie sie spöttisch ausgerufen, dann für Dienstag. Alle diese Daten werden der Reihe nach zurückgewiesen und so bleibt nur übrig, die Debatte sofort zu beginnen. Zur Rechten herrscht ein solcher Lärm, daß der Präsident für eine

Weile die Sitzung unterbricht. Die Royalisten verlassen sämmtlich den Saal, als wollten sie nicht an der Debatte Theil nehmen, kommen aber nach einigen Minuten sämmtlich zurück. Die Verhandlung wird wieder eröffnet. Der junge Castellane protestirt in langer Rede gegen das Senatsgesetz. Die Verfassung, welche man anstrebt, kann dem Lande keine Sicherheit gewähren; ihre Folge wird die radikale Republik, mit dem radikalen Gode und radikalen Sitten sein. Man hat sich auf die vollständigste Anarchie gefaßt zu machen. (Beifall rechts, Gelächter links.) Die Legitimisten können es mit ihrer Ehre und ihrer Vergangenheit nicht vereinbaren, für ein solches Gesetz zu stimmen. (Beifall rechts.) — Niemand hält es für nöthig, Castellane zu antworten, die Generaldiscussion wird geschlossen und man geht zur Specialdebatte über. Der Präsident stellt den Wallon'schen Antrag, als denjenigen, der sich am Meistesten vom Commissionenentwurf entfernt, zuerst zur Berathung. 1. Art.: „Der Senat besteht aus 300 Mitgliedern; 225 derselben werden von den Departements und Colonien und 75 von der Nationalversammlung gewählt.“ Jetzt übernehmen die Bonapartisten die Führung in der Opposition. Raoul Duval bringt ein Amendement ein des Inhalts: der Senat besteht aus 300 Mitgliedern; alle direct durch das allgemeine Stimmrecht gewählt. Es ist dies das bekannte Amendement Pascal Duprat in leicht veränderter Fassung, jenes Amendement, welches am 11. Februar angenommen und am 12. Februar nach der Dazwischenkunft Mac Mahon's mit der Gesamtheit des Senatsgesetzes wieder verworfen worden. Raoul Duval hatte hier eine Gelegenheit, die Consequenz seiner Partei zu rühmen, welche nicht, wie die Republikaner, von einer einmal ausgesprochenen Ueberzeugung zurückkommt. Da bekanntlich die Bonapartisten am 11. Februar für Pascal Duprat gestimmt haben, weil sie im Voraus gewillt waren, das ganze Senatsgesetz zu verwerfen, so riefen die jetzigen Erklärungen Raoul Duval's große Heiterkeit hervor. Im Uebrigen waren die Bonapartisten in ihrer Rolle, indem sie mit einigem Lärm für das allgemeine Stimmrecht eintreten. Als Raoul Duval geneigt hatte, erwiderte Lepere von der Linken, durch dieses bonapartistische „Strategem“ werde Niemand sich fangen lassen. Raoul Duval verlangte nun, daß man über seinen Vorschlag namentlich abstimme, aber diesem Manöver, das ebenfalls natürlich bloß darauf berechnet war, Zeit zu gewinnen, widerlegte sich Buffet. Es handle sich bloß darum, ob das Amendement in Erwägung zu nehmen, nicht aber, über dessen Inhalt zu stimmen; die Namensabstimmung sei in diesem Falle nicht gestattet. Die Kammer entschied darauf, durch Aufstehen und Sitzbleiben, das Amendement Raoul Duval nicht in Erwägung zu nehmen. Sogleich beantragt jetzt die Rechte auf's Neue Vertagung der Discussion bis zum folgenden Tage, und beinahe hätte sie diesmal ihren Zweck erreicht. Ein Theil des rechten Centrums ließ sich zu einem Zugeständniß verleiten, dessen Folgen, wie einmal die Dinge stehen, unberechenbare gewesen wären. Die Namensabstimmung wurde erforderlich, mit der man abermals etwa eine Stunde verlor. Aber eine Mehrheit von 9 Stimmen (345 gegen 336) entschied sich für die Fortsetzung der Discussion. Nun warf, nach einer Rede Deyre's und einer kurzen Replik Wallon's, Paul Cottin von der Rechten ein Amendement in die Quere: Alle Senatoren sollen von dem Präsidenten der Republik ernannt werden. Wieder ein langer Streit über das Reglement; die Rechte will die Namensabstimmung, Buffet verweigert sie. Durch Aufstehen und Sitzbleiben wird das Amendement Cottin beseitigt. Die Bonapartisten, horrible dicta, verleugnen das allgemeine Stimmrecht, um sich für Cottin's Antrag zu erheben. Hierauf ein neues und letztes Manöver der Rechten. Sie will den ersten Wallon'schen Artikel in zwei Stücke theilen und über jedes Stück gefondert stimmen. Buffet fordert sie auf, diese Operation etwas näher anzudeuten. Breuilh de Saint-Germain unterzieht sich der Aufgabe mittels eines Amendements, welches ganz einfach den Commissionsantrag herstellt, diesmal beginnt die Rechte selber der Spikane überdrüssig zu werden. Niemand erhebt sich für den Vorschlag und der Antrag Wallon kann endlich zur Abstimmung gestellt werden. Ein Schärmel zwischen Buffet und dem Duc de la Rochefoucauld hält das Votum um 5 Minuten auf. Die Namensabstimmung wird eröffnet; sie dauert über eine Stunde. Um 8 Uhr verkündigte der Präsident das Resultat: 422 Stimmen für und 261 gegen den Antrag Wallon, Artikel 1. Die Mehrheit bestand aus etwa 70 Mitgliedern des rechten Centrums (de Broglie und alle Minister mit Ausnahme Tailhand's eingeschlossen), sowie den drei republikanischen Gruppen. Nur 12 Mitglieder der letzteren haben sich enthalten, darunter Thiers, Grevy, E. Duinet, E. Blanc. Die Fortsetzung der Discussion folgt heute, und die Verfassungspartei macht sich auf neue und heftige Angriffe der Rechten gefaßt. Den Hauptgegenstand der Debatte wird wahrscheinlich die Frage bilden, ob die Senatoren ein Gehalt zu beziehen haben. Für heute oder morgen also erwartet man die Annahme der Gesamt-Verfassung. Es wäre in der That ein seltsamer Zufall, wenn sie gerade am Jahrestage der Revolution von 1848 zu Stande kommen sollte. — Der künftige spanische Gesandte, Marquis de Molins, ist gestern hier angekommen und hat der Königin Isabella seine Aufwartung gemacht. Er wird sich erst binnen einigen Tagen officiell in der Gesandtschaft installiren und man weiß noch nicht, wann er sein Beglaubigungsschreiben überreichen wird. — Das „Neunzehnte Jahrhundert“ ist ermächtigt, zu erklären, daß der General Wimpffen keine Verurteilung gegen das Urtheil des Aussenhofes der Seine eingelegt hat. — Der alte Corot ist gestern Abend nach längerer Krankheit sanft verschieden. Er zählte 79 Jahre. Von allen zeitgenössischen Meistern der französischen Malerschule hat kein einziger sich in solchem Maße wie Corot der allgemeinsten persönlichen Achtung und Sympathie erfreut. Bei ihm ging der Mensch noch über den Künstler, so große Erfolge der Künstler auch seit 20 Jahren gehabt hat.

Paris, 23. Februar. [Schreiben des Erzbischofs von Paris.] In den Blättern von Cambrai finden wir folgendes Schreiben, welches der Cardinal-Erzbischof von Paris an den Cardinal-Erzbischof von Cambrai gerichtet hat: „Eminenz! Ich habe mit Ihrem lebenswichtigen Briefe 28.672 Fr. 70 Cent für den nationalen Bau der Kirche zum heiligen Herzen Jesu empfangen. Ich weiß nicht, wie ich Eurer Eminenz und Ihrem guten Volke allen meinen Dank für einen so edelmüthigen Eifer bekunden soll. Die kostbare Gabe des Glaubens muß in diesem treuen Volke wohl bewahrt sein, daß es solche Beispiele von Milthätigkeit und Hingebung liefert. Ihre Widere wird in dem Werke, welches wir unternommen haben, alle anderen weit hinter sich lassen. Möge Gott dem Hirten und der Herde den verdienten Lohn gewähren! Die langwierigen Formalitäten der Expropriation sind nun bald beendet und der Bau wird in der schönen Jahreszeit beginnen. Hippolyt, Cardinal Guibert, Erzbischof von Paris.“ [Der General von Wimpffen] hat gegen das Erkenntniß der Pariser Geschworenen, welches Herrn Paul von Cassagnac freisprach, die Nichtkeitsbeschwerde eingelegt. Das ist schon seit mehreren Tagen bekannt; aber man war begierig, zu wissen, wie er dieselbe motivirte. Der General gründet seinen Recurs, wie man jetzt erfährt, auf einen eigenthümlichen Formfehler: Der Schwurgerichtshof hat, indem er Paul de Cassagnac und den Geranten des „Pays“, Herrn Del, freisprach, ganz vergessen, über den dritten Angeklagten, der gar nicht erschienen war, nämlich über Herrn Paul de Léoni, einen Mit-

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

(Fortsetzung.)

arbeiter des bonapartistischen Blattes, welchen der General Wimpffen ebenfalls belagert hatte, zu erkennen.

[Der geographische Congress,] der für nächsten Juli nach Paris ausgeschrieben wurde, wird von einer Ausstellung begleitet sein, welche aus Gegenständen bestehen soll, die sich auf den jetzigen Zustand und die künftige Entwicklung dieses wichtigen Zweiges menschlichen Wissens beziehen. Für diese Zwecke wird der Pavillon der Flora nebst der ganzen daranstoßenden Gallerie der Tuilerien hergerichtet werden. In dem unter dem Kaiserreich zu der Eröffnung der Kammern bestimmten Saale werden die Geographen ihre Sitzungen halten; zu den Commissionsberatungen werden die Räume des Gerichtshofes hergerichtet, für die Ausstellung ist die erste Etage bestimmt; die Gegenstände, welche für die Gallerie zu groß sind, werden im Pavillon selbst und in der Orangerie ausgestellt, in letzterer besonders die großen Relieftafeln, für die in den Tuilerien keine Thür groß genug ist.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 24. Februar. [Tagesbericht.]

H. [Stadtverordneten-Versammlung.] Die heut abgehaltene ordentliche Sitzung wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Justizrath Bounck, geleitet und um 4 1/2 Uhr mit verschiedenen Mittheilungen eröffnet. Wir heben von denselben folgende hervor:

Die Kirchen-Commission hat sich constituirt und zu ihrem Vorsitzenden den Stadtv. Prof. Dr. Rabiger, zum Stellvertreter desselben den Stadtv. Dr. Rhode, zum Schriftführer den Stadtv. Schmidt und zu dessen Stellvertreter den Stadtv. Beget ernannt.

Eine Petition des Bezirksvereins des südböhmischen Theiles der inneren Stadt, die Aufhebung des Marktandgeldes betreffend, wird dem Magistrat zur weiteren Veranlassung überwiesen.

Gutsbesitzer Joseph theilt mittels Schreiben vom 21. Februar cr. mit, daß er den Magistrat in Kenntniß gesetzt, daß er, falls die Canalisation in Wirklichkeit treten sollte, gegen Zahlung auf das Schmutzwasser für seine Güter Groß- und Klein-Bischdorf reflectirt.

Magistrat überliefert Abschrift einer von dem Vereine Schlesischer Gastwirthe eingereichten Petition, betreffend die Herstellung einer besseren Gasbeleuchtung und Ermäßigung der Gaspreise, nebst Abschrift des darauf erteilten Bescheides. Beide Schriftstücke sind f. Z. von uns mitgetheilt worden.

In die Tagesordnung eintretend werden erledigt:

Stromenge am Steindamm. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte den Magistrat ersucht, einem weitreichenden Verbesserungsplane näher zu treten, welcher, die Umgestaltung des Stadttheils vor dem Ziegelthore anstrebend, dahin geht: a. durch Hineinwagnahme des Steindammes die Normalbreite der Ober- und unteren Dämme und der Uferstraße herzustellen, demnachst aber b. die Ob- auf zweckmäßigere Weise in die Ober- zu leiten. Magistrat hatte hierauf mitgetheilt, daß die hiesige k. k. Regierung in einem ausführlich motivirten Votum die Befestigung der Stromenge oberhalb Breslau an dem Steindamme im Interesse der Stromregulierung nicht für geboten erachtet und überdies nimmend auf Ersuchen der Versammlung eine Abschrift des Bescheides der k. k. Regierung zur Kenntnissnahme.

Die Baucommission erkennt in einer Auseinandersetzung an, daß für jetzt ein Remonstriren gegen die Regierungs-Versagung ohne Erfolg sein würde, sie ersucht jedoch die Stadtverordneten-Versammlung, dem Magistrat zu empfehlen, diese Angelegenheit im Auge zu behalten und bei allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen die künftige Ausführung des immerhin wichtigen Planes vorzuarbeiten.

Die Versammlung tritt diesem Antrage, nachdem derselbe vom Stadtv. Krause kurz motivirt und befürwortet worden ist, bei. Es folgt die

Wahl eines Mitgliedes der Wahl- und Verfassungs-Commission. Dieselbe, bei welcher die Stadtv. Niemann und Burghart als Wahlprüfer, die Stadtv. Bülow und Neugebauer als Stimmzähler fungiren, wird mittels Stimmzettel vollzogen. Es werden 67 Stimmzettel abgegeben, von denen einer unguiltig ist. Die absolute Majorität beträgt 34. Stadtv. W. Wolf erhält 51 Stimmen und ist somit gewählt. Derselbe nimmt die Wahl an. Demnachst werden eine Anzahl Rechnungsprüfungen durch Ertheilung der Decharge erledigt.

Bewilligung. Dem Antrage des Magistrats, 500 Thlr. zu der von dem Odraschschiffe der XXI. allgemeinen deutschen Lehrerverammlung hieselbst errichteten Stiftung zur Unterstützung hilfsbedürftiger Angehöriger verstorbenen Breslauer Lehrer (f. unter 1 in Nr. 89 d. Bz.) zu bewilligen, tritt die Versammlung bei, nachdem Stadtv. Hainauer denselben motivirt und zur Annahme empfohlen hat.

Bewilligung von Mehrkosten. Die erste Einrichtung der gewerblichen Zeichenschule in dem Gebäude der königlichen Kunst- und Bauhauerei hat mehr gekostet als veranschlagt war und die Herstellung von Schulutensilien, sowie eine Abänderung an der Gasanlage haben ebenfalls Mehrkosten in Höhe von 226 Thlr. 1 Sgr. 11 Pf. und 233 Mark 99 Pf. verursacht, deren nachträgliche Bewilligung durch die Versammlung erfolgt.

Staats-Verständigungen. Außer einer Anzahl von Anträgen auf Bewilligungen zur Verstärkung einzelner Ausgabenpositionen verschiedener Etats pro 1874 um geringere Summen wird auch die Verstärkung der Fonds für Bau- und Reparaturkosten im Etat für die Verwaltung der Elementar-Unterrichtsangelegenheiten um 3000 Thlr. beantragt. Stadtv. Krause referirt Namens der Schulen-Commission über den Antrag des Magistrats und bemerkt, die Commission habe sich der Ansicht nicht verschließen können, daß es doch wohl möglich gewesen wäre, die Bauausführungen, durch welche die Staatsverwaltung herbeigeführt worden sei, vorzuziehen. Dem gegenüber weist Stadtschulrath Thiel nach, daß es unmöglich war, im Voraus festzustellen, daß die Bedürfnisse im Jahr 1874 eine solche Höhe erreichen würden. Die Schulverwaltung habe den Creditoren gegenüber bei der gegenwärtigen Organisation derselben einen schlimmen Stand. Namentlich sei in diesem Jahre von einem derartigen in sehr willkürlicher Weise verfahren worden. Stadtv. Haase bestätigt dies, glaubt aber doch, daß in diesem Falle mit zu großer Munificenz verfahren worden sei. Stadtv. Hainauer erklärt, die Schulen-Commission habe sich davon überzeugt, daß die Spitze der Verwaltung kein Vorwurf treffe. Nachdem hierauf Stadtschulrath Thiel sich nochmals kurz über die Angelegenheit ausgelassen und noch die Stadtv. Paul und Haase zur Sache gesprochen, wird die Summe genehmigt.

Magistrat beantragt ferner, die Versammlung wolle sich nachträglich damit einverstanden erklären,

daß von den auf 1882 Thlr. berechneten und für das Jahr 1874 als unvermeidlich erkannten Reparaturen im alten Gebäude der Realschule z. h. Geist, welche durch ein Mißverständnis ohne spezielle Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung zur Ausführung gekommen sind, die zur Ausführung derselben wirklich erforderliche Summe von 1533 Thlr. 17 Sgr. 2 Pf. nachträglich aus dem Extraordinarium pro 1874 bewilligt und ihm Indemnität erteilt werde.

Die Schulen-Commission empfiehlt:

- 1) die Summe nachträglich zu bewilligen,
- 2) die Indemnität auszulprechen.

Die Versammlung tritt auf diesen Anträgen bei.

Zufolge-Ertheilung. Derselbe ist beantragt für die Lieferung des diesjährigen Bedarfs an Bauholz für das Materialien-Depot des Stadt-Bauhofes an die Holzhandlung C. Kauterbach, für die Lieferung der für das Jahr 1875 im städtischen Bauhofe erforderlichen außereigenen Canal-Gitter, Canal-Deckel und Rinnsteinplatten an die Firma Moritz Bringsheim, die Lieferung von Granitpflastersteinen, Trottoirplatten und Granitrinnen an den Steinbruchbesitzer Wandrey in Strehlen, die Steinbruchverwaltung C. Kulmiz in Ober-Streit bei Strigau und dem Steinlieferanten Lehmann in Walsch, die Lieferung der zur Herstellung des Thonenschlages für das Reinwasser-Reservoir erforderlichen Bette an den Bauunternehmer Jaselt. Die Versammlung genehmigt sämtliche Anträge.

Errichtung eines neuen Gymnasiums. Stadtv. Dr. W. hat die Errichtung eines neuen Gymnasiums, womöglich in der Nicolai-Vorstadt beantragt.

Die Schulen-Commission empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung und zwar in Anbetracht der finanziellen Lage der Stadt und in der sicheren Voraussetzung, daß der Staat die Errichtung eines Gymnasiums in der nächsten Zeit bewilligen wird. Stadtv. Dr. G. ist motivirt den Commissions-Antrag und theilt mit, daß Seitens des Stadtschulrathes der Commission die Mittheilung gemacht worden sei, die königliche Staatsregierung intendire die Errichtung eines Gymnasiums in Breslau. (Rufe: Ah!) Meine Herren, Sie will das wirklich thun und wie wir zuversichtlich hoffen, in nächster Zeit!

Stadtschulrath Thiel bemerkt, daß die Absicht in der That vorliege und die Ausführung in gar nicht weiter Ferne zu liegen scheine, da das königliche Provinzial-Schul-Collegium neuerdings dem Magistrat die Mittheilung gemacht habe, daß man damit umgehe, ein königliches Gymnasium hier zu

errichten, und um die Beantwortung einer Anzahl darauf bezüglicher Anfragen ersuchte.

Die Versammlung tritt dem Commissions-Antrage, dem auch Dr. W. beigefügt hat, bei.

Katholische Pfarrschulen. Von der Zukunft (siehe sub 8 des Vorb. und Nr. 89 d. Bz.) des Magistrats, betreffend die Verhandlungen wegen Ueberganges der katholischen Pfarrschulen in die Verwaltung und das Patronat der Commune, empfiehlt die Commission, die Versammlung wolle, indem sie sich gleichzeitig mit dem Verfahren des Magistrats in Betreff dieser Schulen einverstanden erklärt, davon Kenntniß nehmen. Stadtv. Dr. G. referirt nochmals in kurzen Umrissen über die geführten Verhandlungen. Magistrat habe sich neuerdings in dieser Angelegenheit in eine gewisse vornehme Reserve gestellt, und dies mit Recht. Die städtischen Behörden würden niemals zögern, wenn ein Bedürfnis vorliege, auch durch Errichtung katholischer Schulen diesem zu genügen und die Pfarrschulen sich selbst überlassen.

Die Versammlung tritt dem Commissionsgutachten bei.

** [Das Fest der „Breslauer Presse“] wird am 11. März in den Räumen des Liebich'schen Etablissements stattfinden. Das Programm des Festes umfaßt einen musikalisch-deklamatorischen Theil, in welchem bedeutende künstlerische Kräfte mitwirken werden, ferner ein gemeinsames Mahl und einen Ball. An dem Feste können sich außer den Mitgliedern des Vereins und ihren Angehörigen auch Gäste betheiligen und sind alle gebildeten Kreise unserer Bürgerschaft willkommen. Eintrittskarten sind durch Vermittelung der Vereinsmitglieder von dem Festcomitee zu erlangen. Der Preis der Eintrittskarte ist auf 10 Mark festgesetzt. — Das Festcomitee besteht aus den Herren Dr. Stein (Vorsitzender), L'Arronge, Dr. Gras, Frank, D. Freund, Dr. Karpeles, Lichtenberg, Lillensfeld, Ravené, Sachs.

* (Personalien.) Bestätigt: Die Wahl des Zimmermeisters Jerchel zum unbesoldeten Rathmann der Stadt Dels, die Vocationen für die Schulanwärter, Fräulein Marie Dietrich zur Lehrerin einer letzten Klasse an einer städtischen katholischen Elementarschule für Mädchen zu Breslau, für den isbergischen dritten Lehrer Laake zum zweiten Lehrer an der katholischen Stadt-Schule in Neumarkt, für den Lehrer Krause zum evangelischen Lehrer in Bernstadt. Uebertragen: Dem Kreisgerichtsrathe Löwe zu Ohlau die Functionen des Dirigenten der zweiten Abtheilung bei dem Kreisgerichte daselbst. — Ernannt: 1) Der Gerichts-Magistrat Dr. Woll zu Görlitz zum Richter bei dem Kreisgerichte zu Woblan. 2) Der Referendar Dr. jur. Konrad Viertel zu Breslau zum Gerichts-Magistrat. 3) Die Rechts-Candidaten Josef Hilmann und Rudolf Marx zu Breslau, Karl von Scandier zu Posen und Hugo Starowski zu Berlin zu Referendarien. 4) Der Stadtgerichts-Haus-Administrator Krause zu Breslau zum gleichzeitigen Haus-Administrator bei dem Kreisgerichte zu Breslau, unter Uebertragung der Geschäfte des bisherigen Stadtgerichts-Haus-Administrators John. 5) Der Civil-Supernumerarius Franz Heller zu Strehlen zum Kassen-Diätarius bei dem Kreisgerichte zu Strehlen. 6) Der Civil-Supernumerarius Paul Anders zu Landau zum Bureau-Diätarius bei dem Kreisgerichte zu Habelschwerdt, mit der Function bei der Kreisgerichts-Commission zu Landau. 7) Der Stadtgerichts-Kanzlei-Diätarius Julius L'Heber zu Breslau zum Kanzleien bei dem Stadtgerichte zu Breslau. 8) Der Kanzlei-Gehilfe Hermann Schmidt zu Waldenburg zum Kanzlei-Diätarius bei dem Kreisgerichte zu Breslau. 9) Der Stadtgerichts-Hilfsreferendar August Hähnsch zu Breslau zum Voten und Executor bei dem Kreisgerichte zu Wilschitz, mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Prasnitz. 10) Der Hilfs-Executor Wilhelm Engel zu Ohlau zum Voten, Executor und Gefangenwärter bei dem Kreisgerichte zu Glatz mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Meinerz. 11) Der inabtheilte Richter Heinrich Zwiener zu Glatz zum Hilfsboten und Hilfsreferendar bei dem Kreisgerichte zu Ohlau. 12) Der inabtheilte Hilfsrichter Wilhelm Steinberg zu Neuborf bei Nymptsch zum Hilfsboten und Hilfsreferendar bei dem Stadtgerichte zu Breslau. — Verlegt: 1) Der Rechtsanwalt und Notar Heugniß zu Woblan vom 1. März 1875 ab an das Kreisgericht zu Ohlau. 2) Der Rechtsanwalt und Notar Sellge zu Neumarkt vom 1. März 1875 ab an das Kreisgericht zu Sagan. 3) Der Gerichts-Magistrat Karl Rudack zu Breslau als Kreisrichter an die Gerichts-Commission zu Schneid. 4) Der Gerichts-Magistrat Adolf v. Heyden zu Breslau als Kreisrichter an das Kreisgericht zu Rosenburg D. S. 5) Der Gerichts-Magistrat Georg Linden-berg aus Breslau als Staatsanwaltsgehilfe an die Oberstaatsanwaltschaft zu Ratibor. 6) Der Gerichts-Magistrat Heumann Simkiewicz zu Breslau als Kreisrichter an die Gerichts-Commission zu Ratibor. 7) Der Gerichts-Magistrat Dr. Georg Dahlmann zu Breslau als Kreisrichter an das Kreisgericht zu Carthaus. 8) Der Gerichts-Magistrat Paul Chuchul aus Breslau als Staatsanwaltsgehilfe an die Staatsanwaltschaft der Kreisgerichte zu Johannsburg und Sensburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes zu Johannsburg. 9) Die Referendarien Ludwig Bölling zu Görlitz, Emil Denischel zu Neustettin, Theophil Ruhnke zu Königsberg, Ferdinand Pohl zu Neisse, Fiedor Groszpitsch zu Liegnitz, Felix Flögel zu Sagan und Julius Wächner zu Görlitz in das Departement des Appellationsgerichts zu Breslau. 10) Der Referendar Carl Solbrig zu Bernstadt in das Departement des Appellationsgerichts zu Naumburg. 11) Der Referendar Stanislaus von Strachowski zu Breslau in das Departement des Kammergerichts. 12) Der Referendar Johann Behrendt zu Breslau in das Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder. 13) Der Bureau-Diätarius Paul Trogisch zu Landau an das Kreisgericht zu Dels. 14) Der Kreisgerichts-Kanzlei-Diätarius Robert Sperlich zu Breslau an das Stadtgericht zu Breslau. — Uebermieten: Der Kassen-Diätarius Gustav Sander zu Strehlen als Hilfs-Calculator an das Kreisgericht zu Strehlen. — Ausgeschieden auf eigenen Antrag: 1) Der Referendar Albrecht Fischer zu Breslau. 2) Der Bureau-Diätarius Karl Köther zu Dels. Pensionirt: 1) Der Voten und Executor Ferdinand Bruchmann zu Brieg vom 1. März 1875 ab. 2) Der Gefangenwärter Gottfried Hornig zu Brieg vom 1. April 1875 ab.

— (Personalien.) Dem Bureaubeamten I. Classe bei der kaiserl. Oberpostdirection hier Oberpostcommissarius Görtz ist das Prädicat „Rechnungs-rath“ verliehen worden. — Verlegt wurden: die Postsecretäre Pfeiffer von Dels nach Schweidnitz, Dedner von Neichenbach nach Dels, Georgius von Schweidnitz nach Neichenbach, Rasper von Königsbrunn nach Neustadt D. S., Stein von Ratel nach Birnbaum, Leichmann von Onelen nach Posen, der Postsecretär Paul von Steinau (Reg.-Bez. Oppeln) nach Schragau. Der aus dem Postdienste freiwillig ausgeschiedene Postsecretär Stewig, zuletzt in Katholisch-Hammer, ist wieder angenommen und ihm die Verwaltung der Post-Expedition in Rothfärben (Kreis Breslau) übertragen worden. Die Verwaltung der Postexpeditionen in Rauden-Bahnhof und in Wäldchen ist dem Postamts-Assistenten Pfeiffer, bezw. dem Postgehilfen Dinter übertragen worden. Zu Postgehilfen wurden angenommen der Lehrer David in Emanuelstegen (Kreis Plesch) und der pensionirte Gendarm Gert in Deutsch-Neutisch im Kreise Leobisch.

* [Der Herr Oberpräsident von Schlesien, Graf Arnim-Boitzenburg wird wahrscheinlich, wie das Lubliner „Wochenblatt“ meldet, nach Koscienka reisend, Donnerstag Lublin passiren und einige Stunden in Lublin verweilen.

** [Das Baggern nach Sand und Kies] in der Ober innerhalb des Breslauer Stadtbezirks wird fernerhin nur Denjenigen gestattet, welche mit besonderen zu diesem Zwecke von der königlichen Wasserbau-Verwaltung auszufertigenden Erlaubnisscheinen versehen sind.

+ [Preisveränderungen.] Am Oclauser Nr. 11a und Lessingstraße Nr. 1, Verkäufer Hr. Versicherungsbeamter Carl Kreschmer, Käufer Lucian Milus Schermann. — Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 55, „Gasthaus zur Zichpine“, Verkäufer Hr. Gastwirth Paul Wunde, Käufer Hr. Wurf-fabrikant Adolf Schnabel. — Urulinerstraße Nr. 14, „Blaue Hand“, Verkäufer Hr. Rentant a. D. Julius Stod, Käufer Herr Kaufleute Martin Goldschmidt und Hermann Neuhans. — Hofmarkt Nr. 5a und Hinterhäuser Nr. 18, Verkäufer Hr. Partikulier Adolf Schermann, Käufer Hr. Versicherungsbeamter Carl Kreschmer.

μ [Buchbinder +.] Der in den weitesten Kreisen bekannt und allbeliebte frühere Kapellmeister des 1. Bataillons 19. Infanterie-Regiments Herr Bernhard Buchbinder ist am 24. d. Mts. im Alter von 76 1/2 Jahren in Glogau gestorben.

— [Japanische Drachengesellschaft.] Das gestern erfolgte erste Auftreten der „Japanischen Originalgesellschaft“ unter Direction des Herrn Jean Dehl im Paul Schol'schen Etablissement auf der Margarethenstraße hatte ein zahlreiches Publicum angelockt, welches den elegant ausge-

föhrt Leistungen mit gespannter Aufmerksamkeit folgte. Die Gesellschaft führt in der That mit Sicherheit acrobatische und turnerische Uebungen sowie japanische Spiele vor, die, zumal sie in ihrer Art auch vollständig neu sind, den Applaus der Zuschauer hervorriefen. Die Gesellschaft tritt Montag, Mittwoch und Freitag in oben genanntem Locale, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend bei Wiesner und Sonntag im Schiekerhof auf. — Das am Montag im Schol'schen Locale stattgehabte 2. Bockfest hatte sich ebenfalls einer regen Theilnahme zu erfreuen.

+ [Unglücksfälle.] In der Krankenanstalt des Elisabetherklosters wurde die 56 Jahre alte Inligerstr. Johanna Schabel aus Langenau aufgenommen, welche die Kellertreppe hinabgefallen war, und einen Bruch des linken Oberschenkels erlitten hatte. — Das 22 Jahre alte Dienstmädchen Marie Franke aus Breslau fand in derselben Anstalt hilfsreiche Aufnahme. Dasselbe hatte sich beim Bräuen von Wäsche mittelst kochenden Wassers sehr erhebliche Brandwunden an Füßen und Beinen zugezogen.

+ [Vergiftung. — Erfroren.] Der auf der Scheitnigerstraße Nr. 5 bei dem dort wohnhaften Fleischermeister Nitsche seit 8 Wochen in der Lehre befindliche 15 Jahre alte August Stischel aus Dels wurde gestern Abend um 10 Uhr von seinem Lehrprinzipal in der Schlafkammer in einem sehr leidenden Zustande aufgefunden, indem sich bei dem beäuernden Werthen Burschen convulsische Krämpfe und fortwährendes Erbrechen eingestellt hatte. Der in der Nacht herbeigerufene Arzt sprach erst heute Vormittag um 8 Uhr vor, als bereits der Unglückliche im Sterben lag. Kurz vor seinem um 8 1/2 Uhr erfolgten Tode legte derselbe ein Geständniß dahin ab, daß er eine Quantität Victorinl genossen habe, in der Absicht, sich das Leben zu nehmen. Die Motive, welche ihn zu diesem traurigen Schritte getrieben, sind zur Zeit noch unermittelt. — Gestern Nachmittag wurde an dem Neuen Kirchhofe hinter dem Damm der Rechten-Ober-Elfenbahn auf städtischem Terrain an einem Schachloche der Leichnam einer erfrorenen circa 40 Jahr alten unbekannten Frauensperson aufgefunden. Die Entsekte, die mit braun geschnittenem Regenmantel und braunem Rock bekleidet war, wurde nach dem Barbara-Kirchhofe in der Nicolavorstadt geschafft.

+ [Polizeiliches.] Dem Institutsdienere in der geburtsbilligen Klinik am Oclauerstadtgraben Nr. 16 ist gestern aus unberühmter Wohnstube aus seiner Glasverbante eine goldene Ancreuhr mit Doppelgehäuse und kurzer goldener Panzerkette, an der ein Hund- oder Pferdekopf angebracht war, im Werthe von 225 Mark gestohlen worden. — Einem Hotelgarni-besitzer auf der Goldenen Radegasse wurde gestern aus seinem Hausflur ein Sopha von Erlenholz mit braunem Damastüberzuge im Werthe von 27 Mark entwendet. — Eine heute früh aus Rawitz mit der Posenen Eisenbahn hier angekommen Schumachermeistersfrau wurde auf dem Centralbahnhofe von einem dort anwesenden Herrn gebeten, ob sie ihm nicht einen werthvollen goldenen Diamantring ablaufen wolle, da er denselben wegen momentaner Geldverlegenheit aus Noth verkaufen müsse. Ein zufällig hinzukommender, doch mit dem Verkäufer wahrlich einmüthig im Einverständnis handelnder Agent bestätigte die Echtheit des Ringes, der 21 Mark kosten sollte, in Folge dessen sich die nicht Arges ahnende Frau veranlaßt fand, den günstigen Handel abzuschließen. Auf der Tschekstraße fand es jedoch die Käuferin schon angemessen, sich bei einem Goldarbeiter nach dem Werth des eben erworbenen Ringes zu erkundigen, wo sie zu ihrem Leidwesen erfuhr, daß der Diamant ein Glasstein und der Ring aus Zalmi bestehe, und im Ganzen 1/2 Mark Werth repräsentire. Die Betrogene eilte sofort auf den Bahnhof zurück, woselbst glücklicherweise noch jener Vermittler angetroffen wurde, der zum Ankauf des Ringes zugerebet, und 2 Mark Courtage von dem Verkäufer erhalten hatte. Mit Hilfe des dort patrouillirenden Schutzmanns fand die Verhaftung dieses Mannes statt. Dem Beamten gelang es alsbald, diejenige Drohke zu ermitteln, mit welcher der Betrüger nach einem Gasthause in der Stadt gefahren war. Derselbe ist angeblich aus Pleschen gebürtig, von mittlerer Größe, 26 Jahr alt, mit schwarzem Vollbart versehen, und mit schwarzem Rock und dunklem Ueberzieher bekleidet. Da bereits das Gasthaus ermittelt worden ist, woselbst der Betrüger logirt, auch seine Reiseeffekten mit Beschlag belegt wurden, so dürfte es wohl im Laufe des Nachmittags gelingen, den inzwischen ausgeflogenen Vogel selbst einzufangen. — Gestern Abend um 11 Uhr wurden durch einen Nachtwächtermann auf der Fildergasse im Rinnstein unterm Schnee liegend 4 eiserne Quaststabe von 5 Meter Länge und 4 Centimeter Stärke, und 2 Reifenscheiden aufgefunden. Wie sich herausstellte, war diese Quantität Eisen von einem Wagen auf dem Bahndam der Neuen Oberstraße gestohlen worden und hatten die Diebe das gestohlene Gut einstweilen an jenen Platz verfrachtet, um es bei gelegener Zeit von dort abzuholen.

— ch. Görlitz, 24. Februar. [Städtische Steuern. — Kranken-haus. — Gemeinnützige Baugesellschaft. — Brot- und Fleischpreise.] Der Magistrat hat dem Verlangen der Stadtverordneten-Versammlung, die städtische Einkommensteuer auf 75 pCt. der Staats-Klassen- und Einkommensteuer festzusetzen, nachzugeben beschloßen, lehnt es aber ab, diese Ermäßigung durch eine höhere Erstattung der Einnahmen aus den Forsten festzusetzen, sondern schlägt die Deduction aus den Ueberschüssen der Vorjahre, die allein für 1873 gegen 75,000 Mark betragen sollen, vor. Um dieselbe Summe verringert sich selbstverständlich die für extraordinäre Ausgaben disponible Summe und die Stadtverordneten werden sich also in diesem Jahre großer Sparamkeit befleißigen müssen, wenn es sich um Ausgaben handelt, für die nicht bereits im Finanzplane die Kosten veranschlagt und die notwendigen Gelder bereits geborgt sind. Die Forstfisch-Commission wird angesichts der bestimmten Weigerung des Magistrats, weitere Verringerungen des Forst-Etats vorzunehmen, sich fügen müssen. — Eine große Ausgabe steht der Stadt in nächster Zeit bevor, welche sie sich recht wohl hätte ersparen können — die der Laufen für das neue Krankenhaus, das über 600,000 Mark zu stehen kommen wird. Es ist jetzt im Krankenhaus soweit gekommen, daß nur noch wenige Zimmer nach der Aussage der Aerzte ohne Gefahr für die Kranken mit Verwundeten belegt werden können, während noch vor wenigen Jahren die Vertheilung des Krankenhauses ohne Schwierigkeiten stattfinden konnte, sobald die damals beschloßenen Erweiterungsarbeiten neben dem Hause, die auf etwa 90,000 Mark veranschlagt waren, ausgeführt wurden. Heute ist nach der Erklärung des Communal-Arztes Dr. Schieber die längere Vertheilung des jetzigen Krankenhauses voraussichtlich nur noch kurze Zeit möglich, wenn nicht ausreichende Räume geschaffen werden, in welche man die Kranken bringen kann, um eine durchgreifende Desinfection der Krankenzimmer im jetzigen Krankenhause vorzunehmen. Vorläufig wird man wohl an den Bau von Baracken gehen; doch ist es möglich, daß auch diese nicht ausreichen und der theure Neubau des Krankenhauses weit vor der Stadt wirklich demnachst begonnen werden muß. — Die jetzt beschlossene Liquidation der gemeinnützigen Baugesellschaft auf Aktien, die leider weder den Actionären, noch den Arbeitern genügt hat, deren Wohnungsmangel sie ursprünglich abzuheben bestimmt war, ist längst erwartet. Seitdem Geh. Rath Richter, der Gründer der Actiengesellschaft von den Eisenbahn-Gesellschaften in Anspruch genommen war, daß es dem Unternehmen an jeder Leitung gefehlt. So ist es zu erklären, daß seit zehn Jahren keine ordentliche Generalversammlung mehr berufen ist, daß überhaupt eine Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister bisher nicht stattgefunden hat. Der Gesellschaft gehören zwei Gebäude auf ihrem vom Geh. Rath Richter gekauftem Terrain an der Zittauer Chaussee, von denen das eine von Eisenbahnbeamten und Telegraphisten, das andere von Arbeitern bewohnt ist. Wie sich aus dem Geschäftsberichte für 1874 ergibt, ist das Actien-capital noch voll vorhanden in Grundstücken und Häusern, die seit ihrer Erwerbung nicht im Preise gesunken sein dürften, so daß Aussicht vorhanden ist, daß die Actionäre ihre volle Einlage wieder erhalten. Als Liquidator ist der Kaufmann Emil Felix ernannt, ein sehr geschäftstüchtiger, zuverlässiger und thätiger Liquidator, wie die Gesellschaft keinen besseren hätte finden können. — Die hiesige Polizei hat jetzt zum erstenmale das Verzeichniß der Brot- und Semmelarten der hiesigen Bäder veröffentlicht, das Differenzen von mehr als 33 1/2 pCt. aufweist. Von den Bädern verkaufen die billigsten das Pfund Brot zu 9, 9 1/10, 9 1/10 und 10 Pfennige, die theuersten das Pfund zu 13—14 1/10 Pfennigen, die Semmel verkaufen die billigsten 250—270 Gramm für 10 Pf., die theuersten 160—180 Gramm für 10 Pf. Bei den Backwaarenhändlern, die von auswärtig ihr Gebäck beziehen, differiren die Preise für Roggenbrot zwischen 9 1/10 und 14 1/10 Pfennig, das Gewicht der Groschenemmel zwischen 100 und 260 Gramm. Der Waareneinkaufsverein hat übrigens seit dem 15. d. M. bereits eine weitere Preisermäßigung um 3 Pfennige auf das Bierpfundbrot eintreten lassen und verkauft jetzt das Pfund Roggenbrot mit 9 1/10 Pfennig in Bierpfundbrot zu 37 Pfennig. Die Fleischpreise, welche recht erheblich heruntergegangen waren, haben die hiesigen Fleischer am letzten Markt-tage wieder etwas zu erhöhen gesucht, da wenig Concurrerz vom Lande da war.

H. Gai nau, 24. Febr. [Winterfreuden und Winterleiden.] Bei ausdehnendem Schnee und einem seit mehreren Tagen prächtig klaren, sonnigen Himmel gelangt auch bei uns die schönste Schlittenbahn zur Geltung; dabei heute Morgen 6 Uhr — 18 Gr. R. Weinluft durch raues Eis und festgefrorenen Schnee vermochte dagegen unser, an der Promenade gelegene „Schloßteich“ der schlittschuhfahrenden Jugend einen angenehmen Aufenthalt

nur bereinigt darzubieten. Dagegen zeigen unser ziemlich längs seiner ganzen Südfseite, Troitirs und unsere „Hintergassen“ eine so allerliebste, glatte russische Eisbahn, daß für jene hinlänglich Ersatz geboten ist. Dasselbe Uebel um den meist dicht am Bürgersteige angebrachten Wasser-Brüchändern, wo sich durch das überfließende Wasser lebensgefährliche Gletscher gebildet haben, und nun ein geübter Schlittschuhläufer vermag, ohne den Körper zu unnatürlicher Stellung zu zwingen, hinanzukommen oder hinabzugleiten. Für ein gewöhnlich bedachtes Menschenkind gehört hierzu öftere Übung, die zu erlangen, nur freilich Zeit genug gelassen worden ist und noch belassen wird. An dem „Eilen bringt nichts Gutes“ laborieren wir in gewissen Verhältnissen und Zuständen gewiß nicht. Einzelne Gassen sind thatsächlich in einem Zustande, den sich auch die kühnste Phantasie der Fremden nicht zu veranschaulichen vermag.

Δ Schweidnitz, 24. Februar. [Abiturientenprüfung.] Bei der am gestrigen Tage im hiesigen Gymnasium unter dem Vorstehe des Provinzial-Schulraths Dr. Sommerbrodt abgehaltenen Abiturientenprüfung erhielten von den 8 Oberprimariern, welche sich derselben unterzogen, 7 das Zeugnis der Reife. Drei derselben waren auf Grund des Resultats der in den letzten Wochen vorgenommenen schriftlichen Prüfung, sowie der früheren Leistungen und guten Führung von dem mündlichen Examen dispensirt worden.

= Reichenbach, 24. Februar. [Tages-Chronik.] Gestern Abend feierte im Saale des „Gasthof zum goldenen Stern“ die hiesige freiwillige Feuerwehr ihr zweites Stiftungsfest; nicht nur die städtischen Behörden und eine Deputation der Schweidnitzer Feuerwehr, sondern auch die Bürgerchaft waren zahlreich erschienen; das frugale Mahl wurde durch Tafellieder und Toaste gekrönt, aber ganz besonders mußten die komischen Aufführungen der musikalischen Brumme und einer Athleten-Gesellschaft erwähnt werden, welche eben nur aus Mitgliedern des Turn- und Feuerwehr-Vereins bestanden. — Das überaus reichhaltige Programm hielt die frohliche Gesellschaft bis gegen 2 Uhr zusammen. — Ein vor einigen Tagen aus hiesigem Gefängnis entlassener wurde gestern in dasselbe wieder eingebracht, doch wurde er nach einigen Stunden schon in seiner Zelle erlangend vorgefunden. — Bei der an hiesiger Realschule heute stattgefundenen Abiturienten-Examen haben alle vier Candidaten die Prüfung glänzend bestanden.

D. Frankenstein, 24. Februar. [Der hiesige Männergesangsverein.] veranstaltete am vorigen Sonntag ein Concert nebst Gesangs-Vorstellung. Den Schluß des sehr seltenen Kunstgenusses bildete die Gensche Operette „Don Trubacio di Trubacillos“. Der Beifall, welcher der 3/4stündigen Vorstellung ungetheilt gezollt wurde und der außerordentlich zahlreiche Besuch derselben wird dem Gesangsverein genügende Veranlassung sein, regelmäßig wiederkehrende Vorstellungen zu geben.

X. Aus der Grafschaft Glatz, 24. Februar. [Zur Tageschronik.] Nachdem der Verkauf der Eisendorfer Fabrik zu Stande gekommen, ist die Uebergabe des gedachten Establishments an den neuen Erwerber auf heute festgesetzt. Es wird, dem Vernehmen nach, beabsichtigt, die gedachte Fabrik nunmehr zu einer Wollspinnerei und Weberei einzurichten, welches Unternehmen ein erfolgreicheres, als das frühere sein dürfte. Der recht baldigen Inbetriebsetzung der Fabrik wird von den am Orte noch vorhandenen, und durch die thatige und eifrige Aufrechterhaltung derselben entlassenen Arbeitern, mit Sehnsucht entgegen gesehen. — Trotz der noch immer sehr hohen Preise unserer Lebensmittel, mögen auch die Klagen über deren Güte nicht verstummen. Wir wollen hier vorzugsweise nur der zum Theil sehr schlechten Beschaffenheit der auf den Markt kommenden Milch und Butter erwähnen. — Dem Vernehmen nach soll unser Landtags-Abgeordneter Bürgermeister Stufche in Berlin schwer erkrankt sein. — Die Kälte ist noch immer im Steigen und zeigte der Thermometer heute bereits über 20 Grad.

O Kattowitz, 24. Febr. [Verschiedenes.] Der vorige Sonntag bot dem hiesigen musikalischen Publikum einen höchst genussreichen Abend in der öffentlichen Prüfung der Clavierkünstler des Herrn Oskar Meiser. Es waren zu derselben die Eltern der qu. Schüler, Musikverständige und Freunde der Kunst geladen und höchst zahlreich erschienen, um Zeugen zu werden von den wirklich anerkennenden Leistungen der verschiedenen Stufen, die in wahrhaft kunstvollen Vorträgen gipfelten und das Erzielen eines guten Ensemblespiels durchweg erkennen ließ. — In der letzten Gewerbevereins-Sitzung (von 115 Personen besucht) hielt der Vorsitzende Herr Dr. Eras aus Breslau einen 1 1/2 stündigen klaren und fasslichen Vortrag über das Reichthum der Welt, welchem sich lebhafteste Debatten anreiheten. — Der humoristische Verein „Brumme“ hielt auf 1 Jahr seines Bestehens zurück. Er hat in dem Jahre nicht nur sich selbst gelebt, sondern auch gemeinnützigen Zwecken gern gedient. — Die Zahl unserer Hunde dürfte in der Folgezeit geringer werden, da die Hundsteuer von 2 auf 4 Thlr. p. a. erhöht worden ist.

[Notizen aus der Provinz.] * Hainau. Das hiesige „Stadtblatt“ berichtet unterm 24. Febr.: Gestern Nachmittag passirte dem 3-Jährigen-Perlenzug der Unfall, daß kurz nach Verlassen der Station Kaiserwald das Siederohr der Maschine zerplatzte. Langsam fuhr der Zug wieder nach Kaiserwald zurück und übernahm eine Maschine von einem dort haltenden Güterzuge, mit welcher er seine Tour dann weiter fortsetzte. Fast eine Stunde verpätet kam derselbe hier an.

+ Goldberg. Das hiesige „Stadtblatt“ meldet: Am vorigen Sonnabend Nachmittag wurde am Wege nach Braunitz beim Vorwerk zu Bilantgrund ein befürchteter, von der Kälte erstarrter, aufsteigender schon gereifter gradirender Handwerksbursche, vorgefunden. Derselbe wurde nach der Befragung des Herrn Hofmann gebracht und an ihm von dem herbeigerufenen Arzte Wiederbelebungsbemühungen angestellt. Obgleich die Lebensgeister wiederkehrten, endete doch ein schnell eintretender Gehirnschlag das thätelose Dasein des Unbekannten. Die Bekleidung des Verunglückten war der gegenwärtigen Temperatur nicht angemessen und von Kopfenbestand keine Spur vorhanden. Von einer gerichtlichen Aufnahme des Nachlasses wurde daher Abstand genommen.

Jauer. Unser „Stadtblatt“ berichtet: Am 23. Vormittag trug sich hier ein schrecklicher Unglücksfall zu. Die Frau des Tischlergehilfen W., in der Weberstraße wohnhaft, hatte, als sie zum Bäcker ging, ihre beiden kleinen Kinder allein in der Stube gelassen. Während ihrer Abwesenheit spielte das älteste Kind, ein Mädchen von 5 Jahren, mit Streichhölzchen, die es am Ofen fand, und setzte sich dadurch die Kleider in Brand. Auf jein Schreien wollten die Nachbarn in die Wohnung dringen, konnten aber nicht hinein, da dieselbe verschlossen war; als die Mutter kam und die Thür öffnete, fand sie das unglückliche Kind über und über brennend vor; die Kleider waren schon fast vollständig verbrannt, während das Kind, nachdem das Feuer gelöscht, auf die gräßlichste Weise verbrannt, noch bis Mittag Leben zeigte, dann aber seinen Leiden erlag. Das kleinere Kind, welches noch im Bette lag, befand, schwelte ebenfalls bereits in großer Gefahr, wie die angebrannten Betten bezeugen.

Δ Reisse. Aus Mogwitz berichtet die „Reiss. Ztg.“: Am 18. Febr. früh 10 Uhr wurden die Pferde der hiesigen Wägen vom Kreisbierarzt wegen einer anstehenden Krankheit untersucht. Während der Revision ersah ein Pferd einen Knaben von 6-7 Jahren.

Handel, Industrie etc.

4 Breslau, 25. Februar. [Von der Börse.] Die Börse verkehrte heute bei etwas höheren Coursen in völliger Geschäftslosigkeit, welche eine bestimmte Tendenz nicht erkennen ließ. Die wenigen Abschlüsse beschränkten sich auf die Ultimo-Regulirung. Der Schluß war in Folge besserer Berliner Anfangscours ziemlich fest. Creditactien pr. ult. März 398 bez., Lombarden 238,50 bez., Schlef. Bankverein 103 bez., Freiburger Eisenbahn-Actien 78,75 bez., Oberschlesische 140 Gd., abgestempelte 134 Gd., Laurahütte 114,50 bez.

Breslau, 25. Februar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe unverändert, ordinäre 38-41 Markt, mittlere 43-45 Markt, feine 47-49 Markt, hochfeine 50-53 Markt pr. 50 Kilogr. — Kleesaat, weiße fest, ordinäre 42-48 Markt, mittlere 51-57 Markt, feine 62-65 Markt, hochfeine 68-72 Markt pr. 50 Kilogr.

Roggen (pr. 1000 Kilogr.) matt, gel. — Ctr., pr. Februar 142 Markt Br., Februar-März —, März-April —, April-Mai 141 Markt Br., Mai-Juni 141,50 Markt Br., Juni-Juli 142,50 Markt bezahl.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Ctr., pr. Februar 170 Markt Br., April-Mai 171 Markt Gd., 173 Br., Mai-Juni —, Juli-August —.

Gerste (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Ctr., pr. Februar 165 Markt Br.

Hafer (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Ctr., pr. Februar 154 Markt Br., pr. April-Mai 156,50 Markt Br., Mai-Juni 157 Markt Br., Juni-Juli —, Juli-August —.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Ctr., pr. Februar 255 Markt Br.

Nußöl (pr. 100 Kilogr.) matt, gel. — Ctr., loco 53,50 Markt Br., pr. Februar 52 Markt Br., Februar-März 52 Markt Br., März-April —, April-Mai 52,50 Markt bezahl und Br., Mai-Juni 54 Markt Br., September-October 56,50 Markt Br.

Spiritus (pr. 100 Liter a 100 % fest, gel. — Liter, loco 55,10 Markt Br., 54,10 Markt Gd., pr. Februar 56, 30 Markt bezahl u. Gd., Februar-März 56,20-30 Markt bezahl u. Gd., März-April 56,20-30 Markt bezahl und Gd., April-Mai 57-57,20 Markt bezahl u. Gd., Mai-Juni —, Juni-Juli —, Juli-August 59 Markt bezahl, Br. u. Gd., August-September —.

Spiritus loco pr. 100 Quart bei 80 % 50,49 Markt Br., 49,57 Gd., Zink fest.

Die Börsen-Commission. **Δ [Getreide-Transporte.]** In der Woche vom 14. bis 20. Februar d. J. gingen in Breslau ein: Weizen: 267,226 Kgr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren etc.), 32,250 Kgr. über die Oberschlesische Eisenbahn resp. Seitenlinien, 58,615 Kgr. über die Posener Bahn resp. deren Seitenlinien, 77,563 Kgr. über die Breslau-Mittelwalder Bahn, 11,823 Kgr. über die Freiburger Bahn, 102,240 Kgr. über die Rechte-Deer-Ufer-Bahn.

Roggen: 188,173 Kgr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren etc.), 53,550 Kgr. über die Oberschlesische Eisenbahn resp. deren Seitenlinien, 114,815 Kgr. über die Posener Bahn resp. Seitenlinien, 23,470 Kgr. über die Freiburger Bahn, 229,261 Kgr. über die Rechte-Deer-Ufer-Bahn.

Gerste: 221,282 Kgr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren etc.), 53,942 Kgr. über die Oberschlesische Eisenbahn resp. deren Seitenlinien, 80,250 Kgr. über die Breslau-Mittelwalder Bahn, 6300 Kgr. über die Freiburger Bahn, 69,852 Kgr. über die Rechte-Deer-Ufer-Bahn.

Hafer: 335,554 Kgr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren etc.), 82,960 Kgr. über die Oberschlesische Eisenbahn resp. deren Seitenlinien, 47,080 Kgr. über die Breslau-Mittelwalder Bahn, 19,927 Kgr. über die Rechte-Deer-Ufer-Bahn.

In derselben Zeit wurden von Breslau versandt: Weizen: 17,332 Kgr. nach der Niederschles.-Märkischen Bahn, 345,204 Kgr. nach der Freiburger Bahn, 40,037 Kgr. nach der Rechte-Deer-Ufer-Bahn.

Roggen: 29,371 Kgr. nach der Niederschles.-Märkischen Bahn, 274,150 Kgr. nach der Freiburger Bahn, 28,750 Kgr. nach der Rechte-Deer-Ufer-Bahn, außerdem auf letzterer Bahn 22,900 Kgr. als Durchgangsgut.

Gerste: 10,650 Kgr. nach der Posener Bahn und weiter, 30,076 Kgr. nach der Niederschles.-Märk. Bahn, 21,670 Kgr. nach der Freiburger Bahn.

Hafer: 15,100 Kgr. nach der Posener Bahn und weiter, 5809 Kgr. nach der Niederschles.-Märkischen Bahn, 210,297 Kgr. nach der Freiburger Bahn, 26,224 Kgr. nach der Rechte-Deer-Ufer-Bahn, auf letzterer Bahn außerdem 20,400 Kgr. Hafer als Durchgangsgut.

Breslau, 25. Febr. [Hypotheken- und Grundstück-Bericht von Carl Friedländer.] Das Hypothekengeschäft war, trotzdem der Oster-Termin ziemlich nahe ist, in letzter Woche nicht allzu lebhaft. Gefändigte Hypotheken kommen wenig an den Markt; die Beleihung von Neubauten wird verzögert, weil dieselben bei der anhaltenden Kälte nicht fortgeführt werden können. Dagegen zeigte das Grundstück-Geschäft an den letzten Tagen einiges Leben und hatte eine Anzahl Besitzveränderungen, auch von größeren Grundstücken, aufzuweisen.

*** [Breslauer Makler-Vereinsbank.]** Bilanz und Gewinn- und Verlust-Conto vom 31. December 1874 befindet sich im Inzeratenteil.

Breslau, 24. Februar. [Markt-Bericht über Bergwerks-Producte und Metalle.] Auch in der vorliegenden Woche ist im Metall-Geschäft eine Wendung zur Besserung nicht eingetreten und sind die Umsätze von Rohmetallen nicht von Belang. Kupfer fest. In England Chili 83-84 Pfd. St. Wallaro 93-94 Pfd. St. Urmeneta 95 Pfd. St. Englisches 89-90 Pfd. St. Hiesiger Preis für englische Marken Marten 93-96 pr. 50 Kilogr. Mansfelder Raffinade Marten 97 pr. 50 Kilogr. Cajsa ab Hütte. Detailpreise 3-4 Markt höher. Bruchkupfer. Je nach Qualität Mt. 77-84 pr. 50 Kilogr. loco. — Zinn im Preise weichend. Bancanum in Holland 54 Pl. Hier Bancanum Mt. 100-102 pr. 50 Kilogr. Straits in England 90 Pl. Hier Prima Zammjinn je nach Qualität Mt. 96-99 pr. 50 Kilogr. Secunda Mt. 90 pr. 50 Kilogr. Im Einzelverkauf verhältnismäßig höhere Preise. Bruchzinn Mt. 72-75 pr. 50 Kilogr. — Zink fest. In Breslau W. H. von Giesche's Erben Mt. 24, 25, geringere Marken Mt. 24 pr. 50 Kilogr. In London ohne Nachfrage. Hier am Plage erstere Mt. 25, 50 bis 26, —, letztere Mt. 25 pr. 50 Kilogr. Im Detail verhältnismäßig höher. Bruchzink Mt. 16, 50 bis 17, 50 loco pr. 50 Kilogr. — Blei begehrt. Larnowitzer sowie von der Paulshütte, G. von Giesche's Erben ab Hütte Mt. 21, 50-22, pr. 50 Kilogr. Kasse. Loco hier Mt. 23-23, 50. Garzer und Sächsisches Mt. 23-24. Spanisches Raim u. Co. Mt. 26, 25-27, —, St. Andres Mt. 25-26. Detailpreise verhältnismäßig höher. Bruchblei Mt. 19, —, 19, 50 pr. 50 Kilogr. — Roheisen. Der Markt in Glasgow ist abwartend, da man befürchtet, daß ein Strike der Arbeiter wegen Lohnreduction ausbrechen wird. Warrants 74 Sh. — P. Langlois und Colmes 92 Sh. 6 P. f. a. B. Glasgow. Hiesige Lagerpreise für gute und beste schottische Marken: Mt. 5, 75 bis 6, 25 pr. 50 Kilogr. Englisch Roheisen Mt. 4, 30 bis 4, 50 pr. 50 Kilogr. Oberschlesisches Coats-Roheisen Mt. 3, 80 bis 4 pr. 50 Kilogr. Gieserei-Roheisen 4, 20 bis 4, 50 pr. 50 Kilogr. Graues Holzkohlen-Roheisen Mt. 5, 40, weißes Holzkohlen-Roheisen Mt. 4, 40 bis 4, 70 pr. 50 Kilogr. ab Hütte. — Bruch-Eisen. Je nach Qual. mit 4, 75 bis 5, 25 pr. 50 Kilogr. — Stabeisen fest. Gevaltes Mt. 9, 50 bis 10 pr. 50 Kilogr. ab Werk. Schmiedeeisen bis Mt. 12-12, 50 pr. 50 Kilogr. ab Werk. — Schmiedeeiserne Träger Mt. 13, 50 bis 17 loco pr. 50 Kilogr. je nach Dimension. — Eisenbahnschienen. In Waagenden geschlagene Mt. 7 bis 7, 50, zum Verwalmen Mt. 5, 55-6, — pr. 50 Kilogr. — Kohlen und Coals fest und begehrt. Engl. Nuß- und Schmiedekohlen nach Qual. werden hier bis Mt. 84, Coats Mt. 70-75 per 40 Hectoliter bezahlt. Schlefischer und westphälischer Schmelz-Coats Mt. 1, 75-2, 25 pr. 50 Kilogr. loco hier. Leopold Habra.

Posen, 24. Februar. [Börsenbericht von Lewin Berwin Söhne.] Weiter: Frost. — Roggen (pr. 1000 Kilogr.) geschäftslos. Kündigungspreis 145 Markt. Getündet — Ctr. Februar 145 G. Februar-März 145 G. März-April 144 bez. u. G. Frühjahr 144 G. April-Mai 143 bez. u. G. Mai-Juni 143 bez. u. G. Juni-Juli 144 G. Juli-August 141, 50 B. u. G. — Spiritus (pr. 1000 Liter %) fest. Getündet — Ctr. Kündigungspreis 56, 50 Markt. Februar 56, 40-60 bez. u. G. März 56, 70-56, 80 bez. u. G. April 57, 50 bez. u. G. April-Mai 57, 80 bez. u. G. Mai 58, 20 bez. u. G. Juni 58, 90 bez. u. G. Juli 59, 60 bez. u. G. August 60, 20 bez. u. G. August-September —. Loco Spiritus ohne Faß 55 G.

Münchberg, 23. Febr. [Hopfenbericht.] Vom heutigen Markt sind bis Mittag nur einige Käufe in guten Sorten zu 145-148-150 fl. angezeigt. Umsatz 40 Ballen.

Antwerpen, 24. Februar. Bei der nun beendigten Wollversteigerung wurden von 16,296 angebotenen Ballen 14,082 Ballen verkauft. — Neue bessere Buenos-Ayres-Wollen unverändert. Secunda-Sorten waren gegen die in der Januar-Auction gezahlten Preise 5-10 Cent., Montevideo-Wollen 10-15 Cent. niedriger.

[Internationale Handelskammer.] Es besteht der Plan, eine „Internationale Handelskammer“ zu gründen. Die Schöpfer des Planes in seiner vorliegenden Gestalt sind: der bekannte französische Nationalökonom Michel Chevalier, Wolosky, Scheurer, Dollfus und Andere. Die Sache beruht auf folgendem vorläufigen Programm: Theilnehmer sollen die Handelskammern aller Nationalitäten sein. In Paris und andern Haupthandelsplätzen sollen jährlich Congresses abgehalten werden, an welchen die Delegirten der betreffenden Handelskammern Theil nehmen würden. Gegenstände der Prüfung und Discussion bilden die verschiedenen commerciellen Fragen. Von Zeit zu Zeit sollen Benachrichtigungen erteilt werden, welche das allgemeine Interesse betreffen und hierdurch Vortheile erlangt werden, welche die Kammern in ihrer Isolirung sich schwieriger verschaffen könnten. Es besteht ferner die Absicht, in Paris ein Central-Bureau mit einem ständigen Agenten zu errichten, um den verschiedenen Kammern authentische Auskunft über die ihr Interesse berührenden Fragen zu übermitteln und auf jedem Wege die Communication zwischen den Mitgliedern der internationalen Handelskammer und den verschiedenen Regierungen des ganzen Erdkreises zu erleichtern. Ein weiterer Zweck ist, die Nachrichten über die Produktionsquellen von Rohstoffen und die im Auslande verbrauchten Waarensorten zu centralisiren und über diesen Gegenstand regelmäßig den betheiligten Kammern Auskunft zu geben zu lassen. Zu geeigneter Zeit soll ferner Nachricht gegeben werden von Veränderungen auf dem Gebiete der Gesetzgebung, der Zolltarife, der Frachten, Abgaben etc., soweit solche auf die Aus- und Einfuhr von Waaren Bezug haben. Sodann soll den Theilnehmern jede Erleichterung gewährt werden, betreffend Ausstellung von rohen und verarbeiteten Stoffen in den verschiedenen Staaten, um so die Consumenten mit den Namen der Producenten bekannt zu machen und hierdurch den directen Handel zu erleichtern. Wenn nöthig, sollen verantwortliche Agenten ins Ausland geschickt werden, um wichtige Unternehmungen zu prüfen und darüber Nachricht einzusenden und um durch Veröffentlichung und Verbreitung der Berichte soliden Unternehmungen beifällig zu sein, sich Capitalien zu verschaffen und gleichzeitig den Theilnehmern gegen jedes Mißco Gewähr zu geben. Ferner wird beab-

sichtigt, die Bildung von Handelsgerichten an allen Centralstellen anzulegen, auf die Unification und Codification der auf den Handel bezüglichen Gesetze und Gebräuche hinzuwirken und als Schiedsgericht in allen internationalen Handelsstreitigkeiten einzutreten, welche von den beiden Parteien etwa der Entscheidung unterbreitet werden, und endlich soll die Anlage von Wegen, Canälen, Eisenbahnen und allen Verkehrsmitteln von internationalem Nutzen angeregt werden.

[Noten in Mark-Währung.] Der Umlauf von Noten in Markwährung zeigt im Monat Januar erhebliche Fortschritte. Nach einer amtlichen Uebersicht bezifferte sich derselbe Ende Januar bereits auf 81,092,500 Mark gegen 30,202,600 Mark zu Ende December d. Jahres, also auf 50,890,000 Mark mehr. — Was die Höhe der Abzinsung anbelangt, so entfällt selbstredend der bei Weitem größere Betrag auf Abzinsung von 100 Mark, derselbe stellt sich auf 66,631,100 Mark gegen 28,704,500 Mark Ende December.

[Schießpulver-Transporte.] Die Vorschriften über den Transport von Schießpulver auf den deutschen Bahnen unterliegen gegenwärtig der Revision in der Absicht, dieselben wesentlich in modificiren. Unmittelbare Veranlassung dazu boten die Schneeberührungen auf den Schleifischen Bahnen, und die dadurch herbeigeführten Verkehrsbehinderungen und Einschränkungen. Bei den bestehenden Vorschriften war es nämlich unter den obwaltenden Umständen geradezu unmöglich, dem Bergbau diejenigen Quantitäten Sprengmaterial zuzuführen, deren derselbe zur Fortsetzung der Arbeiten bedurfte.

Das der „Adler-Linie“ in Hamburg gehörende Post-Dampfschiff „Herber“, Capitän Seidel, trat am 25. Februar seine erste diesjährige Reise mit Passagieren, Post und Ladung von Hamburg direct ohne Zwischenhäfen auslaufen nach Newyork an.

Ausweise.

Paris, 25. Februar. [Banfausweis.] Baarborrath, Zunahme 10,049,000. Portefeuille Abnahme 56,575,000. Gesamt-Vorläufe Abnahme 12,025,000. Notenumlauf Abnahme 10,370,000. Guthaben des Staatschates Zunahme 2,919,000. Laufende Rechnung der Privaten Abnahme 41,214,000.

London, 25. Februar. [Banfausweis.] Totalreserve 10,687,323 Pfd. Sterl. Notenumlauf 25,377,365 Pfd. Sterl., Baarborrath 21,064,688 Pfd. Sterl., Portefeuille 18,185,042 Pfd. Sterl. Guthaben der Privaten 17,559,329 Pfd. Sterl., Guthaben des Staatschates 6,676,083 Pfd. Sterl., Notenreserve 9,820,405 Pfd. Sterl., Regierungssicherheiten — Pfd. Sterl., Procentverhältniß der Reserve zu den Passiven — %.

Auszahlung.

[Breslauer Makler-Vereinsbank.] Der Dividendenschein Nr. 3 wird vom 2. März ab mit 9 Mt. 60 Pf. eingelöst. (Siehe Inzerat.)

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Δ Breslau, 24. Februar. [Schwurgerichtssitzung: Verhandlung wegen Meineid.] Heute haben wir den Fall, daß ein hiesiger, in geordneten Verhältnissen lebender und nicht ganz unermöglicher Schmiedemeister, Koch, des wissenschaftlichen Meineides beschuldigt ist, den er wegen den Kosten eines Bagatellprocesses, dessen Object 25 Silbergroschen waren, also wegen 5 Silbergroschen geleistet haben soll. — Die Sachlage ist folgende:

Der Droschkenbesitzer Bunte schuldete dem Angeklagten die für die Umarbeitung eines Wagens von demselben beanspruchte Gebühr von 27 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf. und 25 Sgr. für kleinere Reparaturen, und hatte von demselben über jeden dieser Beträge eine besondere Rechnung erhalten. Während er die letztere anerkannte, glaubte er, daß die andere zu hoch sei und wollte nur 25 Thlr. zahlen. Er begab sich in die Köchische Werkstätte und sagte, die kleinere Rechnung wolle er bezahlen, die größere aber stimme nicht. Hierauf will er 25 Silbergroschen in Biergroschenstücken auf die Feilbant gezahlt, und die Rechnung über 25 Sgr. nebst einem Bleistift dem Koch hingereicht haben, mit der Aufforderung zu quittiren. Da aber Koch erklärt habe, wenn er nicht das Ganze bekäme, da nehme er gar kein Geld, habe er die 25 Silbergroschen wieder eingestekt und sich entfernt. Bald darauf strengte der Angeklagte wegen den 27 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf. und wegen der 25 Sgr. zwei geforderte Prozesse gegen Bunte an. In dem ersteren erlangte er trotz der Einwendungen des Verklagten ein obliegenden Erkenntnis. In dem andern machte Bunte, indem er einräumte, die 25 Sgr. zu schulden, aber sich weigerte die Processkosten zu tragen, den Einwand, daß er dem Kläger den Betrag durch Aufzählen auf seine Feilbant angeboten, dieser aber die Annahme ohne Grund verweigert habe. Hierüber schob er dem Kläger einen Eid zu, den dieser annehmen und in der Verhandlung vom 4. Mai 1874 in folgender Form ableistete:

„Ich, Kläger, schwöre daß mir der Verklagte die Zahlung der eingeklagten 25 Silbergroschen durch Aufzählung des Betrages nicht angeboten hat.“

„So wahr ic.“

Bunte wurde nun nicht nur zur Zahlung der 25 Sgr., sondern auch der Processkosten verurtheilt. Er behauptete aber, Koch habe einen Meineid geleistet, und als ihn Koch deshalb im Jurirungsproceß verklagte, reichte er gegen denselben die Denuntiation beim Staatsanwalt ein. Die Ermittlungen, die nun angestellt wurden, waren für den Angeklagten sehr gradirend. Bunte selbst hat seine obigen Angaben ebenso vor dem Untersuchungsrichter als vor dem Schwurgericht eithlich abgegeben. Außerdem sind die beiden zur Zeit beim Angeklagten beschäftigt gewesen Schmiedegehilfen Friedrich Borrmann und Ernst Verube vernommen worden. Ersterer bekundet, daß Bunte eines Tages im April 1874 in die Köchische Werkstätte gekommen und habe mit Koch über den Ausgleich von Rechnungen gesprochen. Hierbei habe er bemerkt, daß Bunte etwas, — ob Geld habe er nicht sehen können, aber er vermuthete, daß es Geld gewesen sei, — auf die in der Werkstätte stehende Feilbant aufzählte, und habe gehört, daß Bunte den Koch aufforderte, ihm eine überreichte Rechnung zu quittiren. Verube, der jetzt nicht zu ermitteln war, hat in der Voruntersuchung bekundet, daß Bunte eines Tages in die Köchische Werkstätte gekommen sei und für eine Rechnung Geld bezahlt habe; wie viel wisse er nicht. Es sei hierbei noch von einer andern Rechnung die Rede gewesen, welche Koch auch bezahlt haben wollte, wogegen Bunte erklärt habe, die Rechnung stimme um 2 Thaler nicht. Bunte habe das Geld dann wieder eingestrichen und sei fortgegangen. Koch hat Aehnliches auch dem Fahrtenbesitzer August Buchwald einige Zeit darauf erzählt. Als dieser nämlich am 12. April 1874 mit seinen Brüdern beim Angeklagten wegen Bezahlung einer Rechnung gewesen, habe Koch geäußert, daß es in Ordnung wäre, seine Rechnung regelmäßig und ohne Prozesse zu bezahlen, und habe seines Streites mit Bunte erwähnt. Unter Anderem habe Koch auch erzählt, der Bunte sei bei ihm gewesen und habe ihm 25 Sgr. angeboten, aber er würde nicht so dumm sein, dieselben zu nehmen; wenn er nicht Alles bekomme, so wisse er, was er zu thun habe. — Außerdem wurde erwiesen, daß Koch mit einem andern Manne, der eine blaue Brille getragen, mit einer Droschke nach Wiese gefahren und dort mit dem Schmiedegehilfen Verube, der damals (in dem nachen Strieße arbeitete, conferrirt haben. Die Wirthin soll dem Zeugen Buchwald, wie dieser bekundet, erzählt haben, daß sie aus dem Gespräch so viel entnommen habe, daß es sich darum handle, den Schmiedegehilfen zu einem wahrheitswidrigen Zeugnis zu veranlassen. Der Angeklagte bleibt dabei, daß Bunte ihm nicht 25 Sgr. auf die Feilbant hingezahlt habe, jedenfalls habe er Nichts davon bemerkt, da er am zweiten Feuer gestanden habe, und die Werkstätte dunkel sei. Der Zeuge Borrmann bestätigt dies insoweit, daß der Angeklagte von der Feilbant weiter entfernt gewesen als er.

Hiernach hielt der Vertreter der Staats-Anwaltschaft, Herr Dr. Gräfe, man, die Anlage durchweg aufrecht. Daß Bunte thatsächlich die 25 Sgr. hingezahlt habe, geht aus den einzelnen Zeugenansagen in ihrer Verbindung hervor, da darüber kein Zweifel sein könne, daß der von den Gesellen Verube und Borrmann erwähnte Vorfall derselbe ist, den die Anlage im Auge hat. Die Wissenschaftlichkeit bei dem falschen Eide geht recht deutlich daraus hervor, daß der Angeklagte später dem Buchwald gegenüber selbst eingeräumt habe, daß Bunte ihm die 25 Sgr. habe bezahlen wollen, und daß er sie nicht angenommen habe.

Der Verteidiger, Herr Justizrat v. Dazur, plädirt für Freisprechung. Bei einem so schweren und so schwer bedrohten Verbrechen könne man die Schuld nur von einem überwälzenden Beweise für erwiesen annehmen, müße aber zur Ehre des Menschengeschlechts, wenn die Möglichkeit der Unschuld vorliege, freisprechen, da es kaum denkbar sei, daß ein mobilitirter Mensch bloß wegen der 5 Sgr. betragenden Kosten eines Processes, den er in der Hauptsache schon gewonnen, wesentlich falsch schwören wird. Es sei aber der Beweis überhaupt nicht erbracht. Koch habe geschworen, daß Bunte ihm die 25 Sgr. durch Aufzählen nicht angeboten habe. Dazu gehört nicht bloß, daß Bunte das Geld aufzählte, sondern auch, daß er den Koch darauf aufmerksam macht, daß er es ihm aufgezählt habe, und daß Koch dies bemerkt. Hierüber fehle aber jeder Beweis; selbst der Zeuge, der nach seiner Angabe dem Bunte näher gestanden als der Angeklagte, habe nicht bemerkt, ob das auf die Feilbant gelegte Geld sei, und namentlich ob es 25 Sgr. seien; noch weniger habe dies der Angeklagte getönt, der

gerade mit Arbeit am Feuer beschäftigt gewesen sei, nämlich damit, einen Sammer anzufachen. Es sei ja natürlich, daß Letzterer sich, nachdem er es abgelehnt hatte, bloß 25 Sgr. zu nehmen, sich abgemeldet habe, um von der ganzen Sache nichts zu wissen. Damit ließe sich auch das nicht im Widerspruch, was er später dem Zeugen Buchwald gesagt. Denn daß Bunte ihm angeboten habe, 25 Sgr. zu zahlen, sei gar nicht streitig, es frage sich bloß ob durch Aufzählen. Letzterer habe er nicht zugestanden. — Herr Staats-Anwalt Cribben widerlegte diesen Ausführungen, und wollte eventuell die Annahme eines fahrlässigen falschen Eides bestritten. Der Herr Verteidiger meinte, daß für einen solchen noch weniger Anhalt da sei, als für wissenschaftlichen Meinen. Denn wenn den Angeklagten eine Nachlässigkeit treffe, so sei dieselbe bei dem Vorfall in der Schmiedewerkstatt vorgekommen, weil er das Aufzählen des Geldes nicht beachtet. Fahrlässiger Meinen bedinge aber eine bei der Eidesleistung vorgekommene Fahrlässigkeit. Es müsse durch ein schuldbares Versehen beschworen worden sein, was der Schwörende hätte bei gehöriger Sorgsamkeit nicht beschwören können. Dies läge hier nicht vor. Wenn der Angeklagte gesehen habe, daß ihm Bunte den Betrag hingezählt und dadurch angeboten habe, so sei er des wissenschaftlichen Meines schuldig, wenn aber nicht, dann habe er nach seinem besten Wissen die reine Wahrheit beschworen, und sei auch des fahrlässigen falschen Eides nicht schuldig. — Die Geschworenen verneinten beide an sie gerichtete Schuldfragen, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde.

Abend-Post.

H. Breslau, 25. Februar. [Vorschuß-Verein zu Breslau (eingetragene Genossenschaft)]. Die auf heut Abend in den Saal des Café restaurant berufene außerordentliche General-Versammlung, auf deren Tagesordnung die Beratung des von dem Vorstande und dem Verwaltungsrathe entworfenen neuen Statuts stand, war so ungemein zahlreich besucht, daß der Saal die Anwesenden, obwohl er in allen Räumen überfüllt war, nicht zu fassen vermochte. Zu einer Beschlußfassung war die Versammlung nicht competent, da trotz der Fälle $\frac{1}{3}$ der sämtlichen (4500) Mitglieder nicht anwesend. Es wurde daher auch die General-Discussion, in welche man eintrat, sehr bald wieder geschlossen. Nach einigen Mittheilungen des Vorsitzenden, Kaufmann Maul, trug Herr Kopsch Namens des Gesamtverbandes folgende Erklärung vor:

Vereits im Herbst vorigen Jahres hatten die Vorstands-Mitglieder erklärt, ihre Aemter niederlegen zu wollen und konnten damals nur durch den Hinweis auf die Unmöglichkeit, sogleich geeigneten Ersatz zu finden, bewogen werden, ihre Functionen einstweilen fortzuführen. Die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrathes unseres Vereins halten jedoch, sobald die Revision der Statuten zum Abschluß gelangt sein wird, den Zeitpunkt für gekommen, in pleno gleichzeitig ihre Aemter in die Hände der Generalversammlung zurückzugeben. Nach den Vorgesängen des verflossenen Jahres und angesichts der bevorstehenden tiefgreifenden Aenderung der Organisation, erachten sie diesen Schritt für eine Pflicht nicht nur gegen sich selbst, sondern hauptsächlich auch gegen den Vorschuß-Verein, damit demselben vollkommen freie Hand für die Neubildung seines Verwaltungsrathes geboten werde.

Zugleich fühlten wir, die Mitglieder des derzeitigen Verwaltungsrathes, und georgenen, gegenüber den Angriffen und Verleumdungen, deren Gegenstand der jetzige Vorstand und namentlich dessen hochverdienter Director, Herr Lahmisch, geworden sind, an dieser Stelle öffentlich Zeugnis dafür abzulegen, daß feins der gegenwärtigen Vorstandsmitglieder kein Amt jemals selbstständig, zum Nachtheil des Vereins mißbrauchte und daß vorzugsweise Herr Lahmisch in der langen Dauer seiner Amtsführung ein über alle Verleumdungen erhabenes, opferwilliges und uneigennütziges Wirken bewährte. Wir halten es für unsere Pflicht, unsern Vereinsgenossen gegenüber den Mitgliedern des Vorstandes und namentlich Herrn Lahmisch diese Ehrenerklärung auszusprechen, auf welche sie nach unserer vollen Ueberzeugung wohlgegründeten Anspruch haben.

Breslau, den 25. Februar 1875.

Die Mitglieder des Verwaltungsrathes des Vorschuß-Vereins zu Breslau, eingetragene Genossenschaft.

Ein Antrag auf Einsetzung einer Commission zur Vorberatung des Statuts wurde nach einer längeren, zum Theil sehr erregten Discussion, abgelehnt.

Die nächste General-Versammlung soll bei Weiß oder Liebig stattfinden. Weiterer Bericht folgt.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 25. Febr. Abgeordnetenhause. Eingegangen sind der Vertragentwurf über die Abtretung der Preussischen Bank an das Reich. Das Haus erledigt ohne Debatte die dritte Lesung des Gesetzesentwurfs über die Gebührenrechnung bei dem Rheinischen Hypothekenswesen. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs über die Deckung des Courserverlusts bei der Eisenbahnanleihe von 1868 und der Bericht der Budget-Commission über die Rechnungen der Oberrechnungskammer pro 1873. Hierauf wird die Etablierung fortgesetzt. Sämtliche Positionen der Justizverwaltung werden genehmigt. Im Laufe der Debatte weist der Justizminister gegenüber den Ausstellungen bezüglich der Behandlung der Gefangenen auf die in Angriff genommene Revision des Gefängniswesens hin. Darauf werden sämtliche Positionen der allgemeinen Finanzverwaltung genehmigt. Bei dem Titel „Zuschuß“ zu den Verwaltungsausgaben in Waldeck beantragt Kapp den künftigen Fortfall der Position, weil im nächsten Jahre eventuell die Kündigung erfolgen müsse; er zieht jedoch den Antrag zurück, weil die Regierung notwendig die Summe im nächsten Jahre braucht. Camphausen bestreitet, daß die Regierung zur Vertragserneuerung der Zustimmung des Landtags bedürfe, und befürwortet die Bewilligung des Postens, welchen das Haus annimmt. Der Antrag der Schleswig-Holsteinischen Abgeordneten, den einmaligen Beitrag für die Schleswig-Holsteinischen Communen als Ersatz für die Kriegskosten von 1849 und 1850 mit 1,200,000 Mark nicht zu bewilligen und die Regierung aufzufordern, eine billige Ausgleichung der Schleswig-Holsteinischen Zwangsanleihe, besonders der von der Commune aufzubringen, im Sinne des vorjährigen Landtagsbeschlusses herbeizuführen, wird von Haanel verteidigt, und auf Befürwortung von Oneist und Miquel an die Budgetcommission verwiesen. Der Finanzminister hatte sich für die einmalige Bewilligung ausgesprochen. Nächste Sitzung morgen.

München, 25. Februar. Die Geschworenen haben den Redacteur des „Waterland“ Sigl wegen drei verleumderischer Beleidigungen des Reichskanzlers schuldig gesprochen und die Unterfrage, ob mildernde Umstände vorhanden seien, verneint. Der Staatsanwalt beantragt 15 Monate Gefängnis. Das Urtheil des Gerichtshofes wird Abends verkündet werden.

Wien, 25. Februar. Die „Presse“ hört, der Handelsminister Dr. Banhaus sei auf dringendes Anrathen der Aerzte genöthigt, ein südliches Klima aufzusuchen. Er erhielt hierfür bereits vom Kaiser einen zweimonatlichen Urlaub bewilligt. Der Ackerbauminister übernimmt inzwischen das Handelsdepartement.

Wien, 24. Febr. Mehrere Morgenblätter veröffentlichten eine Zuschrift des Oberlandesgerichts-Präsidenten Baron Hein, worin derselbe das Schreiben an Baron Wittmann als vertrauliches Privatschreiben bezeichnet, und hinzu fügt, er habe darin Wittmann aufmerksam gemacht, daß die Darstellung der Vertheidigung Dsenheim's, als sei der Proceß ein Tendenzproceß des Ministeriums, doch in der Hauptgesamtheit gipfeln, daß die Gerichte sich zu Werkzeugen eines unberechtigten Tendenzproceßes hergeben. Er habe deshalb Wittmann gebeten, gegen solche Angriffe auf die Unabhängigkeit und das Ansehen der Gerichte seine discretionäre Gewalt zu brauchen. Hierin liege aber gewiss kein Angriff auf die Stellung des Richterstandes.

Madrid, 24. Febr. Der König empfing die Gesandten Belgiens und Deutschlands, welche ihre Creditive überreichten.

Haag, 24. Febr., Abends. Eine der Regierung aus Java zugegangene Depesche meldet, daß daselbst in mehreren Departementen große Ueberschwemmungen stattgefunden haben.

(R. Hirsch telegraphisches Bureau.)

Wien, 25. Februar. Die Direction der Kaiser-Franz-Joseph-Bahn versendet eine beschönigende Mittheilung, daß ihr die verlangte Zinsgarantie-Erhöhung jedenfalls gewährt werden würde und die Actionäre eine Verfüzung der Zinsen nicht zu befürchten hätten.

(Nach Schluß der Redaction eingetroffen.)

Verjaillés, 25. Februar. Nationalversammlung. Der Zusatzantrag Ballons zu dem Gesetz über die Organisation der Gewalten, der die Befugnisse der Präsidenten bestimmt, wird in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen, ebenso der Artikel 7 des Gesetzes beibehalten, welcher Verjaillés zum Sitz der Exekutivgewalt beider Kammern bestimmt, nach der von den royalistischen Deputirten abgegebenen Erklärung; hierauf wird das ganze Gesetz über die Organisation der Gewalten mit 436 gegen 262 Stimmen genehmigt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 25. Februar, 11 Uhr 50 Minuten. [Anfangs-Course.] Credit-Actien 399, 50. Staatsbahn 531, —. Lombarden 238, 50. Rumänien —, —. Dortmund —, —. Laura —, —. Discontocommandit —, —. 1860er Loose —, —. Riemlich fest.

Berlin, 25. Februar, 12 Uhr — Min. [Anfangs-Course.] Credit-actien 399, 50. Staatsbahn 530, —. Lombarden 238, —. Rumänien 34, 50. Dortmund 22, 50. Laura 115, —. Disconto 155, 50. — Riemlich fest.

Berlin, 25. Februar, 12 Uhr 30 Min. [Anfangs-Course.] Credit-Actien 399, —. 1860er Loose 116, 25. Staatsbahn 531, —. Lombarden 239, 50. Italiener 69, 80. Amerikaner 99, 10. Rumänien 34, 40. 5procent. Türken 43, 10. Discontocommandit 154, 75. Laurahütte 114, 50. Dortmund-Union 22, 50. Köln-Mind. Stamm-Actien 107, —. Rheinische 116, 25. Berg.-A. 77, 75. Galizier 104, 25. — Ruhig.

Weizen (gelb): April-Mai 177, 50. Juni-Juli 181, —. Roggen: April-Mai 143, —. Juni-Juli 140, 50. Rüböl: April-Mai 54, 50. Septbr.-Oktbr. 57, 80. Spiritus: April-Mai 59, 30. Juli-August 61, 10.

Berlin, 25. Februar. [Schluß-Course.] Riemlich fest.

Course vom 25.		24.		Course vom 25.		24.	
Dest. Credit-Actien	400, 50	399, —	Bresl. Matf.-B.-B.	87, —	87, —	—	—
Dest. Staatsbahn	532, —	531, —	Laurahütte	114, 75	114, 25	—	—
Lombarden	241, —	238, —	Ob.-S. Eisenbahn	51, —	51, 50	—	—
Schles. Bankverein	102, 50	102, 20	Wien kurz	182, 65	182, 65	—	—
Bresl. Discontobank	84, 25	84, 50	Wien 2 Monat	181, 55	181, 55	—	—
Schles. Vereinsbank	91, 40	91, 40	Warschau 8 Tage	283, 55	283, 75	—	—
Bresl. Wechselbank	75, 50	75, 50	Deuterr. Noten	182, 90	182, 60	—	—
do. Pr.-Wechslerb.	69, —	69, —	Ruß. Noten	283, 95	283, 80	—	—
do. Wasserbank	76, —	76, —	—	—	—	—	—

Zweite Depesche, 3 Uhr 10 Min.					
4½ proc. preuss. Anl.	105, 75	105, 75	Köln-Mindener ...	107, 25	107, 10
3½ proc. Staatsanleihe	91, 50	91, 50	Galizier	104, 50	104, 10
Pörsner Pfandbriefe	95, 10	95, 10	Oesterreich. Bank ..	78, 75	78, 75
Deuterr. Silberrente	69, 50	69, 40	Disconto-Comm.	155, 25	155, —
Deuterr. Papierrente	65, —	64, 90	Darmstädter Credit	142, 50	142, —
Türk. 5 % 1865er Anl.	43, 25	43, 10	Dortmunder Union	22, 80	22, —
Italienische Anleihe	70, 30	70, 75	Kransta	88, 75	89, 10
Böhm. V.-Pfundbr.	70, 80	69, 80	London lang	20, 37	—
Rum. Gif.-Obligat.	34, 50	34, 30	Paris kurz	81, 55	—
Oberöhl. Litt. A. .	141, —	140, —	Morizhütte	40, —	40, —
Breslau-Freiburg	81, 50	78, 75	Waggonfabrik Sinto	46, 50	46, 25
N.-O.-U.-St.-Actie	—	—	Opplener Cement ..	30, —	30, —
N.-O.-U.-St.-Pr.	110, —	110, —	Ver. Br.-Selsfabriken	56, —	56, 25
Berlin-Görlitzer .	67, 10	66, 50	Schles. Centralbank	59, —	59, —
Vergleich-Wärtische	78, 20	78, 50			

Nachbörse: Creditactien —, —. Staatsbahn 532, 50. Lombarden —, —. Disconto 156, 75. Laura 116, —. Dortmund 23, 25. Caffa- und Deckungskaufe befähigten den Markt. Von Internationalen namentlich Franzosen und Lombarden Stillebedarf. Bahnen, wenn auch nicht wesentlich höher, doch bedeutend fester. Freiburger waren gesucht. Banken lebhafter, hervorragende Bergwerbspapiere anziehend. Anlagen unverändert. Geld sehr flüssig. Disconto $\frac{1}{2}$ pCt. Deposits: Credit 1, 50. Franzosen 1, 20. Lombarden 1, 0. Dortmund 1, 50. Disconto $\frac{1}{2}$ pCt. Laura 1, 50. Frankfurt a. M., 25. Februar, 1 Uhr 5 Min. [Anfangs-Course.] Creditactien 199, 25. Staatsbahn 266, —. Lombarden 119, —. Galizier —, —. Silberrente —, —. 1860er Loose —, —. Lomb. lebhaft.

Frankfurt a. M., 25. Febr., Nachm. 3 U. 15 M. [Schluß-Course.] Deuterr. Credit 199 1/2. Franzosen 266, 25. Lombarden 119 1/2. Böhm. Westbahn 165, 50. Elisabeth 162, —. Galizier 208, 25. Nordwest 137, —. Silberrente 69 1/2. Papierrente 64 1/2. 1860er Loose 116 1/2. 1864er Loose 313. Amerik. 1882 99 1/2. Russen 1872 102 1/2. Russ. Bodencredit 92 1/2. Darmstädter 142 1/2. Meiningen 89 1/2. Frankfurter Bankverein 80 1/2. Wechselbank 87 1/2. Bahnsche Effectenbank 112 1/2. Oesterreichische Bank 85 1/2. Schles. Vereinsbank 91 1/2. Fest.

Wien, 25. Februar. [Schluß-Course.] Matt.

25.		24.	
Rente	70, 95	70, 95	Staats-Eisenbahn
National-Anleihen	75, 85	75, 85	Actien-Certificate
1860er Loose	111, 50	111, 50	Lomb. Eisenbahn
1864er Loose	140, 50	140, 70	Lomb. 111, 30
Credit-Actien	219, 12	219, 50	Galizier
Nordwestbahn	151, —	151, —	Unionbank
Nordbahn	196, —	196, —	Kassenscheine
Anglo	131, 20	131, 40	Napoleonendoor
Franco	52, —	53, 10	Wobden-Credit

Paris, 24. Februar. Abends. Auf dem Boulevard wurde neueste Anleihe 102, 35. Türken de 1865 42, 97. Spanier ext. 22 1/2, dte. inter. 18 1/2, gehandelt.

Paris, 25. Februar. [Anfangs-Course.] 3procent. Rente 64, 90. Anleihe 1872 102, 40. do. 1871 —. Italiener 69, 75. Staatsbahn 656, 25. Lombarden 300, —. Türken 43, 17. Fest.

London, 25. Februar. [Anfangs-Course.] Emols 93, 01. Italiener 69 1/2. Lombarden 11 1/2. Amerikaner 104 1/2. Türken 42 1/2. — Wetter: Thaumeter.

Newyork, 24. Februar. Abends 6 Uhr. [Schlußcourse.] Gold-Agio 14 1/2. Wechsel auf London 4, 83. Bonds de 1885 119 1/2. 5% fundirt. Anleihe 114 1/2. Bonds de 1887 119 1/2. Erie 28. Baumwolle in Newyork 16. do. in New-Orleans 15 1/2. Raff. Petroleum in Newyork 14 1/2. Raff. Petroleum in Philadelphia 14. Wehl 4, 90. Mais (old mixed) 91. Nocher Frühlingsweizen 1, 18. Raffee Rio 117 1/2. Habanna-Zucker 7 1/2. Getreidefracht 8 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 13 1/2. Sped (short clear) 10 1/2.

Berlin, 25. Februar. [Schluß-Bericht.] Weizen flau, April-Mai 176, 50. Mai-Juni 178, —. Juni-Juli 180, 50. Roggen matt, April-Mai 143, —. Mai-Juni 140, 50. Juni-Juli 140, —. Rüböl matter, April-Mai 54, 20. Mai-Juni 54, 80. September-October 57, 20. Spiritus matter, Februar-März 59, —. April-Mai 59, —. Juni-Juli 59, 80. Juli-August 66, 80. Safer pr. Mai 167, —. Juni-Juli 160, —.

Paris, 25. Februar. [Productenmarkt.] [Anfangsbericht.] Wehl behauptet, pr. Februar 52, 25. pr. März-April 52, 25. pr. Mai-August 53, 75. pr. Mai-Juni 53, —. Weizen behauptet, pr. Febr. 24, 50. pr. März-April 24, 50. pr. Mai-August 25, —. pr. Mai-Juni 24, 75. Spiritus behauptet, pr. Februar 53, 25. pr. März-April 54, 50. — Wetter: Trübe.

Köln, 25. Februar. [Getreidemarkt.] [Schluß-Bericht.] Weizen flau, März 18, 60. Mai 18, 30. Roggen behauptet, März 14, 50. Mai 14, 15. Rüböl matt, loco 29, —. Mai 28, 90. October 30, 60.

Hamburg, 25. Februar. [Getreidemarkt.] [Schluß-Bericht.] Weizen (Termin-Tendenz) matt, Februar 182, April-Mai 180. Roggen (Termin-Tendenz) matt, Februar 148, April-Mai 143. Rüböl flau, loco 56 1/2, Mai 56. Spiritus still, Februar 44 1/2, April-Mai 45, Juni-Juli 45 1/2. — Wetter: —.

Amsterdam, 25. Febr., Nachm. [Getreidemarkt.] [Schluß-Bericht.] Weizen: Mai 262.

Glasgow, 25. Februar. [Schluß.] [Rohseifen.] 75, 6.

Stettin, 25. Februar. (Orig.-Dep. des Bresl. H.-Bl.) Weizen: matt, per April-Mai 181, —, per Mai-Juni 181, —. Roggen: matt, per Februar 149, —, per April-Mai 142, —, per Mai-Juni 139, —. Rüböl: per Februar 51, —, per April-Mai 52, —, per Herbst —, —.

Spiritus: unverändert, per loco 56, 6, per Febr. 58, 8, per April-Mai 59, 8, per Juni-Juli 60, 6. Petroleum per Herbst 13, 25. Rübien per Februar —.

Hamburg, 25. Februar, Abends 9 Uhr — Minuten. [Abendbörse.] (Orig.-Dep. der Bresl. Ztg.) Oesterreichische Silberrente 69 1/2. Amerikaner —. Italiener —. Lombarden 298, 50. Oesterreichische Credit-Actien 199, 25. Oesterreichische Staatsbahn 663, 50. Oesterreich. Nordwestb. —. —. Anglo-deutsche Bank —. Hamb. Commerz- u. Disc. —. —. Rhein. Eisenb.-St.-Actien 117, —. Berg.-Märtsche 78, —. Köln-Mind. 108, 25. Laurahütte 115, 25. Dortmunder Union —. —. Inländische Spanier —. 1860er Loose —. Stillst. Glasgow 75, 3.

Frankfurt a. M., 25. Febr., Abends. — Uhr — Min. [Abendbörse.] (Orig.-Dep. der Bresl. Ztg.) Credit-Actien 199, —. Oesterreichische franz. Staatsbahn 265, 50. Lombarden 119, 12. Silberrente —. —. 1860er Loose 116, 62. Galizier —. —. Elisabethbahn —. Ungar Loose —. —. Provinzialdiscont —. —. Spanier —. —. Darmstädter —. Pa-pierrente —. Bankactien —. Buschthaber —. Nordwest —. —. Effectenbank —. Creditactien —. Raabersloose —. Meiningersloose —. Comptancourse —. Deutsch-Osterr. Bank —. Frankfurter Wechselb. —. —. Rheinische —. —. Still.

Paris, 25. Februar, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] (Orig.-Dep. der Bresl. Ztg.) 3pct. Rente 64, 85. Neueste 5pct. Anleihe 1872 102, 45. do. 1871 —. —. Ital. 5pct. Rente 69, 70. do. Tabaks-Actien —. —. Deuterr. Staats-Eisenb.-Actien 655, —. Neue do. —. —. do. Nordwestbahn —. —. Lombardische Eisenbahn-Actien 300, —. do. Prioritäten 249, —. Türken de 1865 43, —. do. de 1869 295, —. Türken Loose 127, 25. Spanier exterieur —, interieur —. Fest.

London, 25. Februar, Nachmittags 4 Uhr. (Orig.-Dep. der Bresl. Ztg.) Consols 93, 01. Ital. 5%. Rente 69 1/2. Lombarden 11, 15. 5pct. Russen de 1871 101 1/2. do. de 1872 101. Silber 57 1/2. Türtsche Anleihe de 1865 42 1/2. 6pct. Türken de 1869 56 1/2. 6pct. Vereing. St. pr. 1882 104 1/2. Silberrente 68 1/2. Papierrente 64 1/2. Berlin —. —. Hamburg 3 Monat —. —. Frankfurt a. M. —. —. Wien —. —. Paris —. —. Petersburg —. Spanier —. Plakdiscont 3 1/2. Bankauszahlung —. —.

Telegraphische Witterungsberichte vom 25. Februar.

Ort.	Bar. Var. In.	Therm. Reaum.	Abweich. vom Mittel.	Wind- richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
Auswärtige Stationen:					
8 Haparanda	1338,2	— 15,8	—	N. mäßig.	heiter.
8 Petersburg Riga	1338,8	— 8,6	—	S. schwach.	bedeckt.
8 Moskau	1335,1	— 19,0	—	S. mäßig.	bedeckt.
8 Stockholm	1338,8	— 9,9	—	S.W. schwach.	wenig bewölkt.
8 St. Petersburg	1337,5	— 1,4	—	D. mäßig.	heiter.
8 Grönningen	1333,5	— 3,8	—	D. stille.	bedeckt.
8 Helber	1343,9	— 1,1	—	D. schwach.	—
8 Hernösand	1339,5	— 13,0	—	Windstille.	heiter.
8 Christianst.	1339,7	— 3,2	—	N.E.D. schwach.	heiter.
8 Paris	1332,5	— 1,0	—	S.E.D. schwach.	bedeckt.
Preussische Stationen:					
6 Memel	1339,4	— 11,6	— 9,7	S.E.D. schwach.	heiter.
7 Königsberg	1338,4	— 12,5	— 10,3	S.E.D. schwach.	heiter.
6 Danzig	1338,5	— 13,2	— 10,0	—	trübe.
7 Götting	1339,1	— 10,6	— 9,2	S.E.D. mäßig.	völlig heiter.
6 Stettin	1335,2	— 9,3	— 9,0	S.E.D. schwach.	heiter.
6 Puttbus	1334,8	— 7,4	— 6,7	S.E.D. stark.	heiter.
6 Berlin	1334,3	— 9,6	— 8,9	D. mäßig.	heiter.
6 Posen	1334,6	— 11,8	— 10,4	S.E.D. mäßig.	völlig heiter.
6 Ratibor	1328,9	— 14,9	— 12,7	S. schwach.	fast heiter.
6 Breslau	1331,0	— 12,7	— 11,8	S.E.D. mäßig.	völlig heiter.
6 Torgau	1331,5	— 8,3	— 8,3	S.E.D. lebhaft.	heiter.
6 Münster	1330,7	— 2,0	— 2,6	D. schwach.	zieml. heiter.
6 Köln	1332,1	— 0,5	— 2,2	S.E.D. mäßig.	zieml. bedeckt.
6 Trier	1326,8	— 1,2	— 1,5	W. schwach.	wolfig, Nebel, trübe.
6 Hildesburg	1334,8	— 3,6	—	S.E.D. mäßig.	wolfig.
7 Wiesbaden	1329,0	— 3,9	—	D. schwach.	heiter.

Bekanntmachung.

Die Einlösung sämtlicher Steuer-Restquittungen findet vom 1sten März cr. ab nicht mehr auf dem oberen Flure des Rathhauses im Amtsbüro der Rentamtur I., sondern in dem im Parterre, der Stadt-Hauptkass gegenüber gelegenen Conferenz-Saale der Steuer-Erheber in den Tagen vom 1. bis 5. jeden Monats und zwar des Vormittags von 8 bis 1 Uhr, des Nachmittags von 3 bis 5 Uhr statt.

Breslau, am 12. Februar 1875.

Der Magistrat
hiesiger königlicher Haupt- und Residenzstadt.

Tarnowitz, den 24. Februar 1875.

Bekanntmachung.

Der nächste Viehmarkt wird hier am 1. März cr. abgehalten.

Der Magistrat.

[504]

Landwirthschafts-Beamte,
ältere unbeherrschte, sowie auch namentlich verheirathete, durch die Vereins-Vorstände in den Kreisen als zuverlässig empfohlen, werden unentgeltlich nach-gewiesen durch das Bureau des Schles. Vereins zur Unterstützung von Land-wirthschafts-Beamten hiers., Tausenitzstr. 56 b, 2. St. (Rentamt-Gebäude.) [706]

[Auszeichnung.] Unserem Mitbürger Herrn Julius Menel, in Firma Julius Menel, vormals C. Fuchs, am Rathhause Nr. 26 hier, ist aus Anlass „Seiner Wirklichkeit u. auf dem Gebiete der Ver-theilung-Anfertigung“ von dem Directorium der Europäischen Moden-Ma-bemie das Diplom als „außerordentliches Mitglied“ überant worden.

[Perm. Ind.-Ausstellung, Zwingerplatz Nr. 2.] Daselbst sind wieder zwei vorzügliche Portraits, gemalt von Herrn Gratz, zur Ansicht auf einige Tage ausgestellt. Der Eintritt ist unentgeltlich. [3063]

Anerkannt durch die Verleihung von Handschriften und Wappen der höchsten Kaiser und Könige — decorirt mit der französischen Goldenen Medaille — der Fortschritts-Medaille — dieser höchsten Auszeichnung der Auschüsse aller Völker der Wiener Weltausstellung — wurden im amt-lichen Berichte des deutschen Reichs in Güte, Vielseitigkeit und Ausstattung von keiner anderen Seite erreicht — bezeichnet die Stollwerck'schen Choco-laden- und Bonbons-Fabrikate, Kölner Bazar, Schneidmühl

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.